Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

3 (3.1.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 12.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 10.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 12.50 M., monatl., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 11.— M., vierteljährlich 33.— Mk. Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Mode und Heim" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Hobo; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jüngler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 3. — Dienstag, den 3. Januar 1922 — Erstes Blatt.

Die Außenpolitik im neuen Jahr.

Vom Wirkl. Geheimen Rat Dr. Heinrich Schnee, ehem. Gouverneur von Deutsch-Ostafrika.

Das alte Jahr hat keins der großen Weltprobleme zur Lösung gebracht. Hoffnungsvolle Ansätze waren in der zweiten Hälfte des Jahres von der Einladung des Präsidenten Harding zur Konferenz in Washington bis zu den Verlautbarungen der Pläne Lloyd Georges über die Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft im Dezember mannigfach hervorgetreten. Aber weder die Besprechungen zwischen den leitenden Ministern Englands und Frankreichs noch die Verhandlungen auf der Washingtoner Konferenz haben zu irgend welchen endgültigen Ergebnissen geführt. Die Erörterungen sowohl über die europäischen Wirtschaftsverhältnisse, von denen die Reparationen den für uns wichtigsten Gegenstand bildet, wie über Abrüstung und den fernen Osten werden im neuen Jahr fortgesetzt werden. Für die Behandlung der europäischen Angelegenheiten sind verschiedene Zusammenkünfte und Konferenzen vorgesehen. Im Januar soll der Oberste Rat in Cannes tagen, um die in den Dezemberbesprechungen zwischen Lloyd George und Briand angeschnittenen Fragen zu einer Erledigung zu führen. Im gleichen Monat soll eine Zusammenkunft der Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens in Paris stattfinden, auf der in erster Linie die Orientfrage besprochen werden soll. Und endlich wird in der auswärtigen Presse, besonders in der englischen von einer internationalen Konferenz unter Teilnahme Deutschlands und Rußlands gesprochen, welche die Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft zum Ziele haben soll.

Wird das neue Jahr Lösungen aller dieser Fragen bringen, welche das Wiedereinrenken der durch den Weltkrieg und seine Folgen aus den Fugen geratenen Welt ermöglicht? Wird eine solche Revision der unmöglichen und unerfüllbaren Bedingungen des Versailler Friedens erfolgen, welche uns Deutschen wieder die Existenzfähigkeit gibt? Oder wird es mit uns weiter auf dem Wege bergab gehen, den wir vor uns weiter östlich wohnende Nationen hinabgleiten sehen? Wird es zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas kommen oder wird die Vollendung des Chaos die Losung der Zukunft sein? Wird eine friedliche Regelung der Rüstungsfragen und der Probleme des fernen Ostens erfolgen oder wird von dort aus die Kriegsglut wieder auflodern und große Teile der Welt erneut in Flammen setzen?

Niemand vermag diese Fragen mit einiger Sicherheit zu beantworten. Es handelt sich in letzter Linie um unfaßbare, unwägbare Dinge: Um Auffassungen, Entschlüsse der leitenden Männer der Weltmächte, um Ansichten und Stimmungen der Völker, um politische und wirtschaftliche Entwickelungen und Einflüsse bei den verschiedenen Nationen, wie sie in ihrer Vielgestaltigkeit von einer Stelle aus kaum zu verfolgen sind.

Das eine muß jedem Menschen, welcher Nation er angehört, klar sein, sofern er den Gang der Ereignisse seit dem Weltkrieg mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat: Die Krisen in den verschiedenen Ländern, in den Siegerstaaten ebenso wie in den besiegten und in den neutralen Ländern, stehen im Zusammenhang miteinander. Unter dem Valutaelend und den wirtschaftlichen Nöten Mittel- und Osteuropas leiden diese zwar direkt und am stärksten. Aber indirekt sind davon auch die übrigen Länder betroffen, was sich vor allem im Sinken des Exporthandels und in der Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt. Die Zahlen der Arbeitslosen sind gerade in den valutastarken Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika und in England außerordentlich hoch und übertreffen die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland um ein Vielfaches. An der Wiederherbeiführung von Zuständen, welche normale Handels- und Industrietätigkeit gestatten, haben diese Länder ein sehr starkes eigenes Interesse.

Diese Auffassung hat sich, wenn man den Aeußerungen verantwortlicher Staatsleute wie Presseerörterungen vertrauen kann, bei einem Teil unsere früheren Gegner durchgesetzt. Vor allem hat der common sense der angelsächsischen Völker, der nüchterne klare geschäftliche Verstand, der leidenschaftslos den eigenen Vorteil erwägt, erkannt, daß eine Fortdauer der gegenwärtigen Zustände ihrem Gedeihen äußerst nachteilig ist. Der Wortführer der unter britischer Flagge vereinigten Nationen, Lloyd George, hat die Initiative ergriffen, um einen Wiederaufbau der deutschen und europäischen Wirtschaft herbeizuführen, wofür die erste Voraussetzung die Beschränkung der deutschen Reparationszahlungen auf ein mit dem Bestehen der deutschen Volkswirtschaft zu vereinbarendes Maß ist. Soweit die über die Londoner Besprechungen in die Oeffentlichkeit gelangten Nachrichten erkennen lassen, stößt er hierbei auf den Widerstand Frankreichs. Die Regungen der Vernunft, welche in manchen Kreisen des französischen Volkes hervorgetreten sind, scheinen noch keine genügende Kraft zu haben, um die französische Politik entscheidend zu beeinflussen, so klar es auch ist, daß Frankreich nur dann auf Reparation hoffen kann, wenn eine Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft erfolgt.

Wie wird dieser Widerstreit der Meinungen enden? Die Erfahrungen, die wir bisher mit englisch-französischen Disputationen gemacht haben, sind für uns alles andere eher als ermutigend. England hat in solchen Unterhandlungen bisher noch immer zum Nachteil Deutschlands nachgegeben, sei es, daß es die deutschen Interessen oder genauer gesagt sein Interesse an den deutschen Verhältnissen gegenüber anderen ihm jeweils wichtigeren Interessen als Handelsobjekt aufgegeben hat, sei es, daß es gegenüber der entschlossenen Politik Frankreichs seine Ansicht nicht durchsetzen konnte. Es braucht hier nur an Oberschlesien erinnert zu werden. Die Lage Englands ist jetzt allerdings gegenüber der damaligen besser. Die zu jener Zeit noch für das Britische Reich bedrohliche irische Frage hat seither eine glücklichere Wendung genommen. Ferner hat die Washingtoner Konferenz zu einem Einvernehmen zwischen England und den Vereinigten Staaten geführt, welches dem ersteren Lande zum mindesten die freundliche Sympathie Amerikas bei seinen Bestrebungen zur Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft sichert. Leider scheint es jedoch nicht, als ob die Vereinigten Staaten, was ja in ihrem eigenen dringenden Interesse läge, an den Entscheidungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas aktiv teilnehmen wollen. An den Beratungen des Obersten Rates in Cannes soll zwar ein amerikanischer Vertreter, nämlich der Botschafter in London Harvey teilnehmen, aber nur als „inoffizieller Beobachter". Die amerikanische Regierung steht offenbar immer noch unter dem Einfluß der schon seit den Zeiten George Washingtons befolgten Tradition, sich nicht in die Angelegenheiten Europas einzumischen. Es wäre nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern der ganzen Welt zu bedauern, wenn das Fernbleiben amerikanischer Einwirkung dazu beitragen sollte, daß die Vernunft, wie sie in den englischen Plänen zutage tritt, unterliegen müßte.

England hat trotz der vorerwähnten Besserung seiner Lage allein nicht die Mittel in der Hand, um Frankreich zu einer radikalen Aenderung seiner Politik zwingen zu können. Im Gegenteil bietet auch die orientalische Frage für England unangenehme Seiten, nachdem seinerzeit die griechische Offensive zu keinem Erfolg geführt hatte und es zu dem französisch-türkischen Angoravertrag gekommen ist. In der Frage der Flottenabrüstung schließlich sind sehr starke Differenzen zwischen der englischen und französischen Auffassung hervorgetreten. England möchte am liebsten die U-Boote ganz abschaffen, Frankreich dagegen eine beträchtliche Vermehrung seiner U-Boote zugestanden erhalten. Da es sich um Lebensfragen beider Nationen handelt, sind Zugeständnisse beiderseits schwierig.

Schon aus dem Gesagten geht hervor, welche Wichtigkeit auch solche auswärtige politische Fragen für uns haben, die uns anscheinend nicht direkt berühren. Wird doch durch deren Ausgang die Stellung der Nationen in entscheidender Weise beeinflußt, von deren Beschlüssen in der gegenwärtigen Weltlage unser Wohl und Wehe wesentlich abhängt. So ist auch der Verlauf der Konferenz in Washington, so weit ab gegenwärtig die Fragen der Seemacht und des fernen Ostens uns zu liegen scheinen, doch für uns von größter Bedeutung. Unser Schicksal bleibt keineswegs unberührt davon, ob es zu einem friedlichen Ausgleich der Interessengegensätze zwischen den dort beteiligten Großmächten kommt oder nicht. Nichts ist überhaupt falscher als der Gedanke, für Deutschland käme es jetzt nur auf die Wirtschaft an. Das Wort, das Napoleon zu Goethe gesprochen hat: „Die Politik ist das Schicksal", ist jetzt genau so wahr wie früher. Wie erst die Bismarcksche Reichsgründung die Grundlage für die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands bot, wie eine verfehlte Politik dazu führte, daß trotz glänzenden Standes der deutschen Wirtschaft diese durch den Krieg und seine Folgen niederging, so bietet auch gegenwärtig die Politik den Rahmen, in dem erst die deutsche Wirtschaft arbeiten kann. Allerdings ist es jetzt leider weniger unsere eigene Politik als die der anderen Mächte, von der wir abhängen. Eine aktive selbständige Außenpolitik ist bei dem Fehlen eigener Macht für das Deutsche Reich gegenwärtig nicht möglich. Die Anstrengungen seiner Vertreter können in der Hauptsache nur darauf gerichtet sein, eine richtigere Beurteilung unserer Verhältnisse bei den anderen Nationen herbeizuführen und auf Aenderung der den Wiederaufbau unserer Wirtschaft wie der Europas hindernden Bestimmungen hinzuwirken. Entscheiden werden die Beschlüsse der Großmächte, mit denen wir im Krieg gestanden haben, entscheiden darüber, ob Deutschland wieder soviel Atemfreiheit erlangen kann, um leben zu können, oder ob es und mit ihm der größte Teil Europas weiter dem Abgrund entgegengleiten soll.

Daß unsere Lage bei Beginn des neuen Jahres sehr trübe ist, läßt sich nicht leugnen. Einen Hoffnungsschimmer gewährt die Tatsache, daß lebenswichtige Interessen der anderen Nationen mit den unsrigen verbunden sind und daß die Erkenntnis davon sich wenigstens bei einem Teil dieser Nationen bahnzubrechen beginnt. So können wir in das neue Jahr zwar nicht mit frohem Mute, wohl aber mit einem gewissen Maß von Hoffnung eintreten, daß es in ihm zu einer Besserung der Lage Deutschlands kommen wird.

Italienischer Vorstoß für Deutschland?

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die ungeheure Bedeutung, die die Konferenz von Cannes nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft überhaupt haben wird, erhellt aus den umfassenden Vorbereitungen, die in der Oeffentlichkeit der beteiligten Länder getroffen werden. Frankreich ist seit der Rückkehr Briands aus London der Schauplatz eines neuen erbitterten Kampfes des Fanatismus gegen die Vernunft. Die Rechtsradikalen mit Poincaré an der Spitze bekämpfen jedes Zeichen der Einsicht, daß man Deutschland helfen müsse, um selbst zu gesunden mit unerhörter Leidenschaftlichkeit, und leider muß festgestellt werden, daß Briand bereits dem Ansturm zu erliegen scheint. Seine jüngsten Aeußerungen im Parlament zeigen, daß er nicht mehr derselbe ist, der er am Tage der Rückkehr von dem Besuch bei Lloyd George war. Er legt sich immer mehr auf einen Standpunkt fest, der von dem englischen weit abweicht. Je mehr er nachgibt, umso schwereres Geschütz fahren die Rechtsradikalen auf. Poincaré erinnert im „Matin" daran, daß in Cannes ein Denkmal Eduard VII. steht, in dessen Schatten der Gedanke an die Entente immer lebendig bleiben wird. Nie werde an diesem Ort ein Engländer von einem Franzosen verlangen, daß er auch nur um einer Scholle Breite seine Rechte aufgebe. Was Belgien anbetrifft, so hat es zwar nicht an Versuchen gefehlt, es für das englische Reparationsprogramm zu gewinnen, doch vorläufig denkt, wie Brüsseler Meldungen besagen, der belgische Premierminister nicht daran, von den belgischen Ansprüchen irgend etwas zu opfern. Es fällt auf, daß der belgische Ministerpräsident erst unmittelbar vor Konferenzbeginn nach Cannes fährt. Man vermutet darin das Bestreben, sich dem versöhnlichen Einfluß Lloyd Georges zu entziehen.

Was endlich Italien anbetrifft, so liegen hier jetzt Meldungen aus Rom vor, die die Vermutung nahelegen, daß die römische Politik sich endlich entschlossen hat, den Kurs zu verlassen, den der frühere Außenminister Graf Sforza mit seiner Oberschlesischen-Politik eingeschlagen hat. Von zuverlässiger Seite erfährt der römische Korrespondent der Nationalzeitung Einzelheiten über den Ministerrat, der am letzten Donnerstag über die bevorstehende Tagung von Cannes beriet. Gegenstand der Beratung war ursprünglich die wirtschaftliche Krisis, in der sich Italien befindet und die je länger je mehr in Zusammenhang mit der Verwirrung der mitteleuropäischen Zustände gebracht wird. Besonders tiefen Eindruck auf den Ministerrat hat der gerade am Tage der Beratung erfolgte Zusammenbruch der römischen Diskontobank gemacht, die inzwischen auch die Zahlungen offiziell eingestellt hat — ein Zusammenbruch, der vermutlich weite Kreise ziehen wird und der eben in letzter Linie auf die mitteleuropäische Valutaunsicherheit zurückzuführen sein wird. Der Ministerrat war zusammengetreten, um für solche Fälle ein Moratorium-Dekret zu besprechen. Naturgemäß kamen auch dabei die ökonomischen Ursachen der Weltwirtschaftskrise zur Sprache. Es zeigte sich, daß die Frage der Reparationen und die Modifizierung der Versailler Bestimmungen mehr und mehr eine eigene Angelegenheit Italiens wird und zwar eine, die seinen Lebensnerv betrifft. Bonomi bestätigte formell, daß er sich zu einer persönlichen Aktion in Cannes rüste. Obwohl Einzelheiten über das Programm des Obersten Rates in Cannes noch nicht feststehen, wird, so berichtet der Korrespondent des genannten Blattes, in Rom allmählich klar, in welchem Rahmen sich die Haltung Italiens bewegen wird. Es wird von keiner Seite bezweifelt, daß Italien im Gegensatz zu seiner Stellungnahme in der oberschlesischen Angelegenheit mit restlosem Nachdruck eine für Deutschland erträgliche Lösung der bevorstehenden Probleme erstrebt. Man glaubt zu wissen, daß Ministerpräsident Bonomi aus seiner bisherigen Reserve energisch hervorzutreten beabsichtigt und Blätter, die mit einer solcher Politik ganz besonders einverstanden sind, künden diesbezügliche Absichten Italiens auch öffentlich an.

Aber selbst wenn sich diese Informationen bestätigen und wenn Bonomi in Cannes seinen Vorsätzen treu bleibt, verbietet ein französisch-belgischer Block, der mit Verbissenheit eine Aenderung der Regierungspolitik ablehnt, jeden Optimismus auf deutscher Seite.

Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 2. Jan. Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin. Da die Wiederaufnahme der Arbeit heute morgen nur teilweise erfolgte, war der Zugsverkehr der Stadt- und Ringbahn bei Betriebsbeginn sehr lückenhaft. Auf der Ringbahn konnte zunächst nur stündlich, später halbstündlich ein Zug in jeder Richtung gefahren werden. Auf der Stadtbahn verkehrten gegen mittag stündlich acht Züge in jeder Richtung. Der Vorortverkehr auf den nördlichen Strecken mußte durch die Fernpersonenzüge mitbedient werden. Auf den Vorortsbahnstrecken nach Zossen und Wannsee wickelte sich der Zugsverkehr bis 9 Uhr vormittags nur mit großen Unterbrechungen ab, in der Folgezeit regelmäßig. Der Verkehr auf den übrigen Vorortsstrecken erfolgte im allgemeinen in planmäßiger Weise. Mit der regelmäßigen Durchführung aller Züge wird erst am Abend gerechnet werden dürfen. Der Fernpersonenverkehr wurde planmäßig durchgeführt. Der Güterverkehr wird am Abend wieder in vollem Gange sein. Die Ausführung geschlossener Kohlenzüge nach Berlin wird mit allen Kräften gefördert werden.

t. **Berlin**, 2. Jan. Heute finden Betriebsversammlungen der Dienststellen statt, in denen über die am Samstag zwischen den Organisationen und dem Reichsverkehrsministerium getroffenen Vereinbarungen Bericht erstattet wird. Von diesen Aufklärungsversammlungen erhofft man eine Besserung der Betriebslage und man glaubt, daß beim Schichtenwechsel am heutigen Nachmittag die Zahl der Arbeitswilligen noch größer wird.

t. **Potsdam**, 2. Jan. Die Eisenbahnerschaft der Potsdamer Eisenbahnbetriebswerkstätte hat sich heute dem Streik angeschlossen. Seit heute ruht jede Arbeit und Streikposten verwehren den Arbeitswilligen den Zutritt zur Arbeitsstätte.

t. **Breslau**, 2. Jan. Am Sonntag verkehrten die Züge im allgemeinen fahrplanmäßig, wenn auch mit mehr oder weniger Verspätung. Die Arbeiterschaft in den zahlreichen Stationsknotenpunkten hat den Streik nicht begonnen, sondern versieht den Dienst wie sonst. Heute wird sich die Technische Nothilfe der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stellen, so daß mit der Weiterführung des Verkehrs gerechnet werden kann.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Köln, 2. Jan. Im Eisenbahndirektionsbezirk Köln ist die Arbeit heute morgen verabredungsgemäß allgemein wieder aufgenommen worden.

w. **Berlin**, 2. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion hat sich die Betriebslage im Laufe des Nachmittags durchweg gebessert. Seit 2 Uhr nachmittags ist fast überall die Arbeit wieder aufgenommen. Der Fern-Personenverkehr ist planmäßig durchgeführt worden. Der Stadt- und Ringbahnverkehr war noch unregelmäßig, besserte sich aber gegen Abend. Der Güterzugverkehr findet wieder in planmäßigem Umfange statt. Arbeitswillige wurden in diesen Tagen vielfach von Streikenden an der Arbeit verhindert. Zu eigentlichen Ausschreitungen ist es nur vereinzelt gekommen. Für Dienstag darf wieder überall mit regelmäßigem Zugverkehr gerechnet werden.

b. **Berlin**, 2. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Beschluß der Funktionärversammlung der Ortsgruppe Berlin des deutschen Eisenbahner-Verbandes, im Berliner Direktionsbezirk die Arbeit wieder aufzunehmen, konnte heute vormittag noch nicht völlig durchgeführt werden, da ein großer Teil der Streikenden nicht rechtzeitig von dem Abbruch unterrichtet worden war. Inzwischen ist aber an alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin die Weisung ergangen, auf die Arbeitsstätte zurückzukehren. Es ist also damit zu rechnen, daß bei den Schichtwechseln nachmittags und abends die Arbeiter vollzählig in den Betrieben erscheinen werden.

w. **Breslau**, 2. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Eisenbahnerstreik ist heute nachmittag abgebrochen worden. Die Eisenbahndirektion hat bis abends 10 Uhr den vollen Betrieb sowohl im Güter- als im Personenverkehr aufnehmen können.

*

Gründung einer Reederei.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 2. Jan. Mit Hundert Millionen Mark Kapital, nämlich 75 Millionen Mark Stammaktien und 25 Millionen Mark Vorzugsaktien, wurde in Bremen die Globus-Reederei A.-G. gegründet.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Die größeren Garantien für Frankreich.

„Manchester Guardian" meint, die Reise Briands nach London habe kein positives Resultat gezeitigt. Freilich hätte man kaum zu hoffen gewagt, daß die französische und englische Politik sofort ihre Schwierigkeiten zu lösen vermocht hätten. Früher (vorher) habe man diese Schwierigkeiten zu bemänteln gesucht durch Ablenguung ihrer Existenz und durch eine Politik des Zeitgewinnens. Das Londoner Reparationsabkommen konnte nicht bestehen bleiben, aber bis es zusammenbrach diente es dazu, den Schein von Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten. Daß ist nicht länger möglich, und man hat daher andere wichtigere Angelegenheiten, mit denen die ganze Reparationsfrage unlöslich verbunden ist, herangezogen, deren Lösung dem Obersten Rat vorbehalten bleibt. Diese Zusammenkunft wäre auf jeden Fall nötig, bevor eine Entscheidung über die deutsche Forderung eines Moratoriums getroffen werden könnte.

Es wäre von Anfang an ein Fehler gewesen, Deutschlands Verbindlichkeiten gegenüber den Alliierten als von allen andern wirtschaftlichen Erwägungen getrennt zu betrachten. Wenn dieser Fehler sich nicht wiederholen sollte, müssen die Alliierten sich doch wohl etwas mehr Zeit nehmen, als die wenigen Tage bis zum 14. Januar. Finanzielle Interessen hätten in Frankreich größere Bedeutung als in England, und Lloyd George und Briand befänden sich daher nicht in gleicher Lage. Die wirklichen Schwierigkeiten lägen aber tiefer. Frankreich, das ganze französische Volk sei beständig beschäftigt mit seiner nationalen Sicherheit, mit seiner Angst (so illusorisch diese den Engländern auch erschiene) vor einer raschen deutschen Wiederaufrichtung und vor einem deutschen Angriff. Gleicherweise sei es besorgt wegen der Bezahlung der deutschen Schuld, entsprechend dem Versailler Vertrag und wolle nicht glauben, daß die Schuld tatsächlich nicht zu bezahlen sei. Man anerkenne in England, daß Deutschland als kämpfende Macht für zwölf bis zwanzig Jahre unschädlich gemacht sei und betrachtete Deutschlands Schuld England gegenüber als eine ungesunde Schuld. Andererseits habe man in England das tiefste Interesse an der Wiederherstellung des europäischen Friedens, weil man die Solidarität der europäischen Nationen anerkenne und mit Schrecken die allmähliche Auflösung der Zivilisation wahrnehme. Wie könnten diese widerstreitenden Anschauungen mit den nationalen Interessen in Einklang gebracht werden? Wie könnte man Frankreichs Befürchtungen aus der Welt schaffen? Das sei die Zentralfrage. Frankreich sucht nur Sicherheit in Garantien, und England hätte sich dazu verpfändet, wenn nicht Amerika seine Zustimmung versagt hätte. Ein solches Abkommen würde ja auch in keiner Beziehung gestanden haben zu den neuen Ideen, die der Völkerbund und die Washingtoner Konferenz repräsentieren. Ist Frankreich bereit, Deutschland seinen Platz unter den Nationen zuzuerkennen, Rußland wiederhergestellt und anerkannt zu sehen?

Wie kann die Gesundheit Europas wiederkehren, solange seine größten Staaten verkrüppelt und von allem Verkehr ausgeschlossen bleiben? Deutschland kann nur zahlen, wenn sein Exporthandel sich auszudehnen vermag, und sein Markt ist Rußland. In geringerem Grade würden auch andere Länder Vorteil davon haben und Frankreich die Sicherheit gewinnen, daß seine Ansprüche befriedigt werden können. Ein ähnliches Abkommen wie das Viermächteabkommen in Amerika würde Frankreich viel bessere Garantien gegen einen Angriff geben, als auf irgend eine andere Weise möglich sei. Auf dieser Grundlage könnte eine wirkliche Entente gebildet und wo immer auch entstehende Differenzen im Keim erstickt werden.

Paris seufzt.

Die Pariser Zeitschrift „Revue Hebdomadaire" gibt Mitteilungen wider, die ein großer Pariser Antiquitätenhändler über die Steuern und das Geschäftsleben in der französischen Hauptstadt gemacht hat. „Alles geht schlecht, mein Herr," sagte er. „Die Steuern erdrücken uns. Ich hatte früher einen Kunden, der für sich allein mir meinen Lebensunterhalt verschaffte. Er verfügte über mindestens eine Million Franken im Jahre. Wenn ich irgend ein seltenes Stück entdeckte, kam er angelaufen. Heute, statt zu kaufen, möchte er verkaufen. Er will einen großen Teil der Prachtstücke, die er besitzt, ins Hotel Drouot (das große Pariser Versteigerungshaus) bringen. Kein Wunder. Der Staat verlangt von ihm 400 000 Franken Steuern. So kann er sein großes Schloß nicht mehr halten, wo er alles sammelte, was meine Kollegen und ich ihm verkauften. Und überall sonst geht es genau so. Jeder beschneidet seinen Luxus und infolgedessen die Lebensnotwendigkeiten derer, die vom Luxus lebten. Einer meiner Kunden, der zwei große Wagen hatte, hat sie durch ein ganz kleines Coupé ersetzt, und seine Frau, die früher die Schneider reich machte, läßt durch eine geschickte, aber bescheidene Arbeiterin gleich in drei Exemplaren das einzige Kleid kopieren, das sie in dieser Saison bestellt hat.

Aber da sind die Amerikaner, sagt man. Die Amerikaner wollen nicht teuer bezahlen und machen dem Zahlkellner Szenen, der ihnen im Restaurant die Rechnung präsentiert. Die Spanier verzehren in Paris kaum den Ueberschuß, den sie beim Wechseln ihrer Valuta erzielen. Russen gibts keine mehr. Die Italiener sind noch ärmer als wir. Und die Engländer kommen nicht über den Kanal. Jetzt zahlen wir eben den Krieg. Jetzt fühlen wir den Ruin. Niemand hat mehr Geld, und ich weiß nicht, wohin wir steuern. (Voss. Ztg.)

Frankreichs Bevölkerungszahl.

w. **Paris**, 31. Dez. Das „Journal Offiziell" meldet, daß nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 6. März ds. Js. die Gesamtzahl der französischen Bevölkerung 39 209 766 Einwohner betrug. Im Jahre 1911 lautete die Ziffer 39 604 992. Da indessen in der diesjährigen Ziffer die Einwohnerzahl von Elsaß-Lothringen mit 1 709 749 enthalten ist, ergibt sich, daß die Bevölkerung der 87 vor dem Krieg bestandenen Departements sich um 2 104 975 vermindert hat.

Wie man das Jahr verlängert.

t. **Paris**, 2. Jan. Senat und Kammer haben am Neujahrstag gegen 1 Uhr das Budget für 1922 endgültig angenommen. Da nach der Verfassung die Abstimmung vor Mitternacht des 31. Dezember stattfinden muß, zeigten die offiziellen Saaluhren bis zur Beendigung der Abstimmung 11.45 Uhr nachts.

Die internationale Wiederaufbaugesellschaft.

Paris, 2. Jan. Die Havasagentur veröffentlicht folgende Mitteilung: Die industriellen und finanziellen Delegierten Frankreichs, Englands, Italiens, Japans und Belgiens hielten unter Minister Loucheur mehrere Sitzungen ab. Die Beratungen führten zu der Auffassung eines Planes, der dem Obersten Rat in Cannes vorgelegt wird. Eine autorisierte Persönlichkeit gab dem diplomatischen Vertreter von Havas folgende Erklärung über die Konferenz ab:

Die Delegierten der alliierten Staaten beschäftigten sich keineswegs mit der Frage der Reparationen, noch weniger behandelten sie die Probleme, die von der internationalen Wirtschaftskonferenz erörtert werden sollen, über deren Einberufung der Oberste Rat in Cannes auf Vorschlag der britischen und französischen Regierung zu entscheiden hat. Bisher ist übrigens noch keine Macht, insbesondere weder Deutschland, noch Rußland, zu dieser künftigen Konferenz eingeladen. Die Industrie- und Finanzdelegierten faßten die Notwendigkeit einer internationalen Aktion ins Auge, um das Wirtschaftsregime in Europa zu verbessern. Die Handelskrise, die in Europa infolge des Krieges herrsche, würde wesentlich verstärkt durch das Versagen des russischen Marktes. Andere Staaten sähen ihren Wechselkurs in verhängnisvoller Weise sinken. Ihnen müsse man zu Hilfe kommen. Es sei aber unerläßlich, von diesen Ländern Garantien zu erhalten, um den Respekt des Privatbesitzes im Freihandelsverkehr und die Schaffung einer legalen Währung zu erlangen. Alle diese Bedingungen seien in einer Erklärung formuliert. Ein internationales Konsortium mit französischem und englischem Kapital unter der Mitwirkung Amerikas und Deutschlands werde gebildet. Auch die Beteiligung Italiens und Japans, wenn auch in geringem Maße, sei hierfür gesichert. Es sei auch mit der Beteiligung Belgiens und Hollands zu rechnen. Zu bestimmen bleibe noch die Währung und wann die Mission des internationalen Konsortiums erfolgen soll. Diese Frage werde noch von den Finanzsachverständigen geprüft.

Deutsche Note wegen der Kohlenlieferungen.

e. **Paris**, 31. Dez. Die Reparationskommission hat von der Kriegslastenkommission folgenden Brief erhalten, der ihr vom deutschen Botschafter überreicht wurde:

In Beantwortung des Briefes vom 16. Dezember habe ich die Ehre, Ihnen nachfolgend den Wortlaut der Instruktionen mitzuteilen, die der Oberkohlenkommissar im Auftrage der deutschen Regierung den unterstellten Organen übermittelt hat:

„Die Lieferungen an die Entente haben um jeden Preis zu geschehen, sie sollen unter allen Umständen die Priorität haben. Ich mache Sie verantwortlich, die Lieferungen genau zu kontrollieren."

Ich habe außerdem die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Regierung am 23. Dezember durch die Verfügung des Kohlenkommissariats folgenden Befehl erteilt hat:

„Die Regierung fordert außerordentliche Maßnahmen vonseiten der Eisenbahnen und Kohlengruben, um das Defizit der Kohlenlieferungen an die Entente zu begleichen, selbst wenn dies auf Kosten aller übrigen Lieferungen und der eigenen Bedürfnisse geschehen müßte."

Am gleichen Tage hat der Verkehrsminister den genannten Organen erklärt, daß eine besondere Anstrengung für den Transport der Kohlen gemacht werden soll und daß keine Rede davon sein könne, am 25. und 26. Dezember die Arbeit einzustellen. Alle nötigen Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die erforderlichen Eisenbahnwagen zu stellen. Am 25., 26. und 27. Dezember wurden zusammen 51 296 Tonnen Koks geliefert, das ist mehr als das erforderliche Quantum. Die Kohlenreserven der Eisenbahnen in den nichtbesetzten Teilen Deutschlands sind gegenwärtig unter das normale Maß zurückgegangen. Aus all diesem geht hervor, daß Deutschland unter Zurückstellung seiner eigenen Bedürfnisse sein Möglichstes getan hat, um die Kohlenlieferungen für die Alliierten zu steigern.

Gez. Dr. Mayer.

*

Ein Russe über die Politik der Entente.

Herr v. Siebert, früher Mitglied der russischen Botschaft in London, sagt am Schluß seiner Bemerkungen zu seiner Schrift „Diplomatische Dokumente zur Politik der Entente"*) in der Monatsschrift „Foreign Affairs", daß nur Unwissenheit und Heuchelei noch das Verdikt von Versailles aufrechterhielten. Seine Hinfälligkeit vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sei in unübertroffener Weise durch J. M. Keynes bloßgestellt worden und die Ereignisse hätten ihm Recht gegeben. Aber selbst angesichts des vollständigen Zusammenbruchs unserer Zivilisation und des unsagbaren Elends mache der Geist von Versailles einen letzten Versuch, die Flut der Wahrheit einzudämmen, indem er ein anderes Argument vorbrächte, daß nämlich das moralische Gefühl der Menschheit, trotzdem der Welt der Ruin drohe, vor allem Gerechtigkeit fordere — fiat justitia, peredt mundus! Die dokumentarischen Beweise und unwidersprechlichen Tatsachen vermehren sich so rasch, daß eine solche Stellungnahme nicht länger aufrecht erhalten werden kann und an dem dunklen Horizont der Zukunft sehen wir eine neue Zeit für die Menschheit heraufsteigen.

*) Siehe vergl. Geschichtstabellen Wilhelms II. Siebert, ehem. Sekretär der russ. Botschaft in London.

Italien und Frankreich.

(Von unserem Korrespondenten.)

Erklärungen eines italienischen Professors in Paris.

Ein italienischer Nationalökonom und Universitätsprofessor, der einige Vorträge in der italienischen Kolonie gehalten hatte, war so freundlich, mich zu empfangen und auf meine Fragen, das französisch-italienische Verhältnis betreffend, Antwort zu geben. Da diese Persönlichkeit sozusagen die Finger an der Pulsader seines Volkes hält, dazu ein eifriger Freund und Vorkämpfer der „lateinischen Kultur" ist, so entbehren seine Ausführungen gewiß nicht des Interesses.

„Vor kaum zehn Jahren, erklärte er, vertrieben sich die italienischen Studenten die Zeit damit, die Fensterscheiben der österreichischen Konsulate einzuwerfen unter den Rufen: „Evviva Trento e Trieste!" Sie haben diese Gewohnheit auch heute noch beibehalten. Nur ist das Objekt ein anderes geworden: Statt der österreichischen sind heute die französischen Konsulate an der Reihe. In meiner Vaterstadt ist es nun schon seit Kriegsende das viertemal, daß der Unfug stattfindet. Ich glaube, die französische Regierung protestiert nicht einmal mehr, um nicht noch weiteren Staub aufzuwirbeln.

Die Beziehungen zwischen den beiden „lateinischen Schwestern" werden immer kühler und frostiger. Im diplomatischen Verkehr herrscht längst jene kalte Höflichkeit, die der Vorbote, wenn nicht das Symptom der Feindschaft ist. Völker, die sich gegenseitig nicht über den Weg trauen, verkehren so miteinander.

Längst hat sich Italien daran gewöhnt, bei allen seinen Wünschen und Ansprüchen Frankreich auf der Seite seiner Gegner zu sehen. Die ganze Adriafrage ist durch Frankreichs Schuld so grenzenlos verworren.

Frankreich will keine Götter neben sich haben. Italien war ihm gut genug, seine Westfront zu gegebener Zeit etwas zu entlasten und ihm gleich zu Anfang des Krieges zu gestatten, die Alpenfront gänzlich von Truppen zu entblößen und so mit Aussicht auf Erfolg die Marneschlacht zu schlagen. Nach Friedensschluß fiel es Frankreich nicht ein, Italien als ebenbürtigen Freund und Bundesgenossen zu betrachten, Demütigung folgte auf Demütigung, und deutlich erkannte Italien, worauf es abgesehen war: auf die unumschränkte Herrschaft Frankreichs im Mittelmeer — und vielleicht auch in Nordafrika. Auf jeden Fall hat die Haltung Frankreichs Spanien gegenüber in dem Riffaufstand manchem Italiener die Augen geöffnet.

Ich speiste vor einigen Wochen in einem Hotel von Siena in Gesellschaft einiger Alpenjägeroffiziere. Sie sprachen — von einem „Revanche"krieg gegen Frankreich! Die Armee wäre der Ansicht, daß sie ihr Blut nicht darum vergossen hätte, um das Vaterland als eine Macht zweiten Ranges behandelt zu sehen. Zu den Zeiten des Dreibundes wäre Italien als vollberechtigte Großmacht betrachtet worden: nie wäre es Deutschland eingefallen, Italien bei Verhandlungen in die Ecke zu stellen oder ihm dabei nicht genau den gleichen Einfluß zu gewähren, den es selber besaß. Die alten mittelalterlichen Haßgesänge gegen das herrschsüchtige Frankreich, das zu allen Zeiten der geschworene Feind der Halbinsel war, tauchen wieder auf: Kommunisten und Fascisten sind sich im Haß gegen Frankreich einig.

Einige Symptome für die geistige Entfremdung der beiden Länder: Vor dem Kriege war die französische Sprache allein obligatorische Fremdsprache in den italienischen Unterrichtsanstalten. Seit einiger Zeit ist sie durch Deutsch und Englisch ersetzt, das Französische ist nur mehr fakultativ.

Vor zwei Monaten erschien eine ministerielle Verfügung, wodurch die Heranbildung von französischen Sprachlehrern an den italienischen Universitäten eingestellt wird, „weil kein Bedürfnis dafür vorliegt". Dagegen werden allenthalben deutsche Schulen eröffnet. Am 4. März 1919 hatten die beiden Länder eine Abmachung getroffen, wodurch bestimmt wurde, daß regelmäßig Austausche von Professoren stattfinden sollten. Diese Abmachung trat nie in Kraft, der Austausch wurde unterbrochen, ehe er noch begonnen hatte.

Grippe.

Von Jatros.

Mein lieber Herr Kommerzienrat!

Sie haben mir vorgestern Ihren Jungen mit der Einladung zum Abend herübergeschickt. Ich wäre sehr gerne gekommen, vergißt man doch in Ihrem gastlichen Hause stets, daß seit 1914 andere Zeiten heraufgestiegen sind. Ich sehe Sie vor mir, wie Sie selbst dauernd vom Buffet zu den einzelnen Tischchen gehen, wie Sie hier Bowle, dort Mayonnaise, dort kaltes Huhn heranschleppen, während die gnädige Frau unter ihrem lebensgroßen Porträt auf dem Sofa sitzend, majestätisch ihre hellen nordischen Augen durch die Zimmer schweifen läßt. Und im Nebenzimmer tanzt Fredy ihre reizenden Tänze in selbstentworfenen Kostümen.

Verstehen Sie, wie schwer es mir wurde, abzusagen? Hören Sie, was mich dazu zwang.

Am Morgen schon hatte ich mich schlapp gefühlt. Einer besseren Regung folgend, hatte ich vorher beschlossen, keine Schulden ins neue Jahr herüberzunehmen. Ich bezahlte also den eben erhaltenen Einkommensteuerzettel für 1920 und drei Vierteljahre 1921 — vorläufig ohne die 5 Prozent Zinsen, die noch nachgefordert werden, dann bezahlte ich meine erhöhte Feuer- und Einbruchsversicherung, dann meine Apothekerrechnung — alles in allem einen Betrag, mit dem man früher eine Tochter ausstatten konnte. Begreiflicherweise fühlte ich mich dadurch noch schlapper und ich ging um die 3 Uhr nachmittags zu Bett. Als ich aufwachte, war es 9 Uhr morgens, ich hatte achtzehn Stunden geschlafen. Ich fühlte mich aber noch genau so erschöpft, wie achtzehn Stunden vorher, woraus ich den Schluß zog, daß auch ich die Grippe hätte. Ich ging deshalb schon um 8 Uhr abends wieder zu Bett, nachdem ich nach alter Jägermanier einen Grog getrunken hatte, in dem der Kognak eine etwas größere Rolle spielte, als sonst. Aber der Schlaf wollte nicht kommen. Zuerst hatte ich mächtige Schmerzen in der linken großen Zehe. Donnerwetter, dachte ich, sollte das Gicht sein? Aber die Schmerzen verzogen sich nach dem rechten Knie, dann in den Hals, ein quälender Husten sprengte mir fast das Zwerchfell, mir war, als ob ich bald im kalten, bald im heißen Wickel läge, jede Bewegung tat mir weh, so daß ich schließlich die Hoffnung aufgab, einzuschlafen. Ich nahm den dritten Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Als ich aber vom Vortrage zwischen Glaukus und Diomedes las, ohne daß meine klassischen Erinnerungen mir zu Hilfe kamen, legte ich um 2 Uhr das Buch tiefgekränkt auf den Nachttisch. Ich versank in einen höchst quälenden Zustand von Halbschlaf, in dem ich jede Stunde schlagen hörte. Merkwürdigerweise hatte ich nicht das Gefühl in einem Bett zu liegen, sondern auf unbequemem Stuhl an einem unbequemen Tisch zu sitzen. Plötzlich saß ein großer hagerer Herr mir gegenüber, grauer Anzug, graues Haar, grauer Schnurrbart, graue Augen. Er hielt mir in geschäftsmäßigem Tone mit halblauter Stimme einen Vortrag.

„Die erste Grippe-Epidemie, von der wir sichere Kunde haben, herrschte 1510, die zweite 1580, im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert kehrte sie häufiger wieder. An den Nachzüglern der Epidemie von 1890 leiden wir noch heute."

„Ich danke Ihnen sehr, Herr Professor Baas, daß Sie sich um 4 Uhr morgens herbemüht haben, um mir diese hochinteressanten Mitteilungen zu machen. Meinetwegen hätten Sie sich nicht so früh bemühen brauchen. Entschuldigen Sie jedenfalls, daß ich im Schlafanzug bin."

Um 5 Uhr sah ich eine solche Menge schattenhafter Gestalten um mich versammelt, daß ich im Innern beschloß, mich ins Städtische Krankenhaus überführen zu lassen.

Um 6 Uhr beschloß ich, vorher Professor von Gierke zu benachrichtigen, daß ich die Sektion verweigere.

Um 7 Uhr weckte ich meine Frau und bat sie, meinen Testamentsvollstrecker auf zehn Uhr zu mir zu bitten.

Um 8 Uhr trank ich mit Appetit meinen Tee und beschloß, an Professor von Gierke nicht zu schreiben.

Um 9 Uhr verzichtete ich auf den Gedanken, ins Krankenhaus zu gehen.

Um 10 Uhr kam der Testamentsvollstrecker. Da er stark hustete und über Schmerzen in der linken großen Zehe klagte, gab ich ihm mehrere Kognaks und wünschte ihm gute Besserung im neuen Jahre.

Und nun auch Ihnen herzliche Neujahrswünsche, lieber Herr Kommerzienrat! Kommen Sie heute zum Frühschoppen ins Krokodil?

Theater und Musik

Mitteilung des Landestheaters. Der Opernspielplan der kommenden Woche umfaßt außer einer Wiederholung von Wagners „Tannhäuser" heute abend 5½ Uhr eine solche von Massenets „Manon" am Freitag, den 6. Januar, abends 6½ Uhr. Für Sonntag, den 8. Januar ist Wagners „Walküre" angesetzt. In dieser Vorstellung, die unter der musikalischen Leitung von Operndirektor Cortolezis und der szenischen von Oberregisseur Lange steht, singt Hedy Iracema-Brügelmann erstmalig in Karlsruhe die Brünhilde. Ebenfalls neu sind Rose Pauly als Sieglinde, Paula Weber als Fricka und Willy Zilken als Siegmund.

Als nächste Schauspiel-Uraufführung geht am Samstag, den 21. Januar das dreiaktige Drama „Anna Boleyn" von Emil Bernhard in Szene, wozu die Vorproben soeben begonnen haben. Das Werk ist eines der drei Bühnendichtungen, denen unter mehr als tausend Einsendungen jüngst der Max Meßmer-Preis zuerkannt wurde.

Kunst und Wissenschaft

Hochschulpersonalien. Das durch den Tod des Professors E. Knoevenagel erledigte Extraordinariat für Chemie an der Heidelberger Universität ist Prof. Dr. Ernst Müller an der Universität Köln angeboten worden. Dr. Müller, geb. 1881 zu Eßlingen a. N., war Schüler und Assistent von Geh. Rat Curtius in Heidelberg, wo er sich auch 1909 habilitierte, später zum Abteilungsvorsteher am chemischen Institut und nichtetatmäßigen a. o. Professor ernannt wurde. 1921 kam er nach Köln. Seine Arbeiten betreffen Fragen der anorganischen und organischen Chemie.

Das planmäßige Extraordinariat für Forstbotanik an der Universität Freiburg i. B. ist dem a. o. Professor Dr. Kurt Noack, Kustos am botanischen Institut der Universität Bonn angetragen worden. Der besonders auf dem Gebiete der Pflanzenphysiologie tätige Gelehrte ist ein geborener Stuttgarter. Er promovierte 1912 in Leipzig bei Prof. Pfeffer, bekleidete dann Assistentenstellen in Tübingen bei Böchting und in Straßburg bei Jost, wo er sich habilitierte. 1919 trat er in den Lehrkörper der Freiburger Universität ein. Ostern 1921 siedelte er nach Bonn als Nachfolger Ernst Küsters über.

Den Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg, Dr. med. Erich Frhr. v. Redwitz (Chirurgie), Dr. Hermann Freund (Innere Medizin und Pharmakologie), Dr. Heinrich Eymer (Geburtshilfe und Gynäkologie), Dr. Viktor Frhr. v. Weizsäcker (Innere Medizin), Dr. Arthur Meyer (Chirurgie), und Dr. Ernst Freudenberg (Kinderheilkunde) wurde die Dienstbezeichnung außerordentlicher Professor verliehen.

Prof. Dr. med. Max Löhlein, Direktor des pathologischen Instituts an der Universität Marburg ist gestorben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Politiker beider Länder hatten vor dem Kriege erkannt, daß gerade der rege Austausch geistiger Interessen das Bündnis zwischen den beiden Völkern am besten vorbereitete. Eine zweckdienlichere Politik konnte in der Tat nicht getrieben werden. Heute ist das Gegenteil der Fall. Seit zwei Jahren sind sich die zwei Nationen intellektuell vollkommen fremd geworden. Es studieren heute mehr italienische Studenten in München und in Berlin als in Paris.

Im Jahre 1908 gründete die Universität Grenoble mit Unterstützung der Propagandafonds des Quai d'Orsay ein französisches Institut in Florenz. Das Bedürfnis nach französischer Kunst und Wissenschaft in Italien war damals so groß, daß schon bald Tochterinstitute in Mailand und in Neapel gegründet werden konnten.

Damals ging man noch auf politische Eroberungen aus. Der Italiener kannte den Franzosen nicht und schwörte hoch und heilig auf die Flitterkultur.

Heute ist die Ernüchterung gekommen. Politisch sind wir betrogen, wissenschaftlich und künstlerisch enttäuscht.

Das Institut in Florenz ist verödet. Das von Mailand hat seine Pforten geschlossen. Das in Neapel zählt keine Hörer mehr.

Bemerkenswert ist, daß in Mailand das deutsche Institut einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Eben ist auch ein englisches Institut eröffnet worden.

Politisches Mißtrauen und geistige Entfremdung: so läßt sich am treffendsten das französisch-italienische Verhältnis kennzeichnen. Und an eine Aenderung dieses Zustandes ist bei der gegenwärtigen Richtung der französischen Politik nicht zu denken."

Ein erfundener Zwischenfall.

t. **Berlin**, 2. Jan. Der „Matin" berichtet in seiner heutigen Morgenausgabe über einen Zwischenfall beim Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten Ebert. Der Nuntius Pacelli habe seine Rede in französischer Sprache halten wollen. Reichspräsident Ebert habe dagegen protestiert, aber der Nuntius sei fest geblieben und habe sich damit begnügt, nachher eine deutsche Uebersetzung vorzulesen. Das sei die einzige Konzession, die er dem nationalistischen Gefühl gemacht habe.

Diese Meldung, die schon von vornherein als Erfindung zu bezeichnen ist, entbehrt, wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, jeder Grundlage. Die Vertreter des Vatikans bedienen sich bei ihrer Ansprache der französischen Sprache, wie es auch beim Empfang beim Reichspräsidenten der Fall gewesen ist. Der Reichspräsident hat auf die Ansprache des Nuntius Pacelli selbstverständlich in deutscher Sprache erwidert.

Deutsches Reich

Aus dem Reichsgesetzblatt.

Nr. 118 vom 29. Dezember enthält die Gesetze bezw. Verordnungen über die Post- und Telegraphengebühren, Postscheckordnung und den Funkentelegraphendienst, Nr. 119 die Post-Ordnung und die Reisekostenverordnung für die Beamten der deutschen Reichsbahn und Nr. 120 die Gesetze über Lohn- und Gehaltspfändung und die Ausführungsverordnung zum Gesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Wechsel der Handelsflagge.

t. **Hamburg**, 2. Jan. Der Wechsel in der Handelsflagge hat sich im Hamburger Hafen in aller Ruhe vollzogen. Die mit der Frühflut am Sonntagmorgen in See gegangenen deutschen Schiffe verließen den Hafen mit der neuen Handelsflagge im Heck. Die ankommenden Schiffe werden bei der Ankunft sofort mit der neuen Flagge versehen.

Konkordate?

Der Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins schreibt unter obiger Ueberschrift:

„Hartnäckig behauptet sich das Gerücht, daß in mehreren deutschen Staaten über den Abschluß von Konkordaten mit dem päpstlichen Stuhl verhandelt werde. Im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, so erzählt man, liege seit einiger Zeit ein Konkordatsentwurf, und in Bayern seien die Dinge schon erheblich weiter gediehen. Ob die deutschen Gliedstaaten noch für Vereinbarungen mit der römischen Kurie in Betracht kommen, lassen wir dahingestellt sein. Auch haben wir nicht feststellen können, was an den Gerüchten ist. Wir nehmen aber davon Vermerk, weil offenbar hinter den Kulissen die Fragen eifrig behandelt werden, die im Reichsschulgesetzentwurf geregelt werden sollten. Für die Vertreter ausschweifender Kirchenforderungen ist anscheinend gegenwärtig Erntetag. Immer, wenn ein Staat in Not war, haben die Gegner gewisser staatlicher Einrichtungen diese Lage auszunützen gewußt. Die Kirche ist nach katholischer Anschauung die Erzieherin der Jugend, nicht der Staat, und darum gebührt ihr das erste Wort bei der Einrichtung und Ausgestaltung der Schule, nicht dem Staate. Aber so günstig für die Verwirklichung dieser mittelalterlichen Auffassung unsere heutige Lage auch erscheint — die Zeit ist doch vorüber, in der die Kirche dem Staate ihren Willen aufzwingen konnte. Die Volksschule ist des Staates. Er hat sie geschaffen, entwickelt, die gesamte Volksjugend in ihr vereinigt. Kein Staatsmann, der diesen Namen noch verdienen will, kann die Schule preisgeben. Und deswegen werden die jetzt im Verborgenen schleichenden Bestrebungen ihr Ziel nicht erreichen. Notwendig aber ist es, daß die Oeffentlichkeit erfährt, was es mit jenen Gerüchten auf sich hat, und wir erwarten deswegen, daß von den entsprechenden Stellen Erkundigungen erfolgen, die man mit bestimmten Angaben beantworten muß."

Deutscher oder Danziger Bürger.

Berlin, 2. Jan. Der amtliche preußische Pressedienst weist wegen der in der Oeffentlichkeit immer noch obwaltenden Unklarheit darauf hin, daß deutsche Reichsangehörige, die am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in der jetzt freien Stadt Danzig hatten, wozu auch die am 10. Januar 1920 dort wohnhaften Beamten gehören, an diesem Tage die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben, gleichviel, wann sie sich in diesem Gebiet niedergelassen haben. Diese Personen können die deutsche Reichsangehörigkeit wieder dadurch erwerben, daß sie bis zum 10. Januar 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Zuständig für die Entgegennahme der Optionserklärung ist in den Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde und in den Landkreisen der Landrat. Innerhalb von 12 Monaten nach der Optionserklärung müssen die Optanten ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen.

Ein Opfer der Zeitungsteuerung. Die einzige ausgesprochen linksdemokratische Zeitung Bayerns, die „Süddeutsche Presse" in München, stellt mit der Jahreswende ihr Erscheinen als Tageszeitung ein, wird aber zunächst als Wochenausgabe weiterleben. Das Blatt hat vor einiger Zeit wegen des Interesses, das der frühere Botschafter, Graf Bernstorff an ihm nahm, viel von sich reden gemacht. Während die von der „Süddeutschen Presse" vertretene Richtung für bayerische Anschauungen nicht recht gepaßt zu haben scheint, gibt es bekanntlich mehrere sehr bedeutende rechtsdemokratische Preßorgane. — Die deutsch-demokratische Parteizeitung in Bonn hat der allgemeinen Schwierigkeiten halber ihr Erscheinen eingestellt.

Verschiedene Drahtmeldungen

Erforschung der Weltkriegsursachen.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Christiania**, 2. Jan. In Norwegen hat sich ein Komitee gebildet — es wird durch Mitglieder einer Reihe anderer neutraler Länder ergänzt —, das sich die Aufgabe gestellt hat, die Ursachen des Weltkrieges zu erforschen. Nach Aussage eines Mitgliedes der Kommission wird die Arbeit von Interessenten, besonders in Amerika, finanziert, und das Geld sei bedingungslos zur Verfügung gestellt worden. Es kommt der Kommission nicht darauf an, die Schuldfrage aufzuklären, sondern sie wolle die direkten Ursachen der Katastrophe suchen. Bemerkenswert ist, daß Dänemark keine Aufforderung zur Mitarbeit erhalten hat, weil die Kommission der Ansicht ist, daß Dänemark nicht als streng neutrales Land betrachtet werden kann, da es von der Entente Gebiete empfangen hat.

Das Deutsch-Lettland-Abkommen.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Berlin**, 2. Jan. Die deutschen Mitglieder der Kommission, die gemäß § 5 des vorläufigen deutsch-lettländischen Abkommens vom 15. Juli 1920 die Ersatzansprüche beider Länder gegeneinander feststellen soll, sind gestern abend nach Riga abgereist. Die Kommission besteht aus Ministerialdirektor Lindenberg vom Reichsschatzministerium, Regierungsrat Meyerhof vom Reichsministerium für Wiederaufbau und Hauptmann von Jagow vom Reichswehrministerium. Die lettländischen Delegierten für die deutsch-lettländischen Wirtschaftsverhandlungen werden in Berlin erwartet. Die erste Sitzung dieser Konferenz findet am Samstag, 7. Januar statt.

Um die Villa Falconieri.

t. **Rom**, 2. Jan. Federzoni hat der Regierung in einer Anfrage nahegelegt, dem Drängen Deutschlands auf Freigabe der Villa Falconieri nicht stattzugeben, da die Gemeinde von Falconieri die Villa in ein Museum oder ein Künstlerheim umwandeln möchte. Es wurde geantwortet, daß die Villa noch nicht in den Besitz des Staates übergegangen sei. Sobald dies geschehen sei, werde die Regierung für ihre Erhaltung zu etwaigen Kunstzwecken sorgen.

Der Sturm.

Westerland (Sylt), 31. Dez. Der mit unverminderter Stärke tobende Sturm und die einsetzende Springflut haben das Zerstörungswerk am Strande vollendet. Heute mittag gab die Strandmauer zirka 30 Meter nach und stürzte ins Meer. Die ungehindert Einlaß findenden Fluten brachten am Nachmittag die Ullstein-Lesehallen zum Einsturz. Da auch bereits die Fundamente der nördlichen Lesehalle freigelegt sind, so ist auch mit der Zerstörung dieser Baulichkeit zu rechnen. Die vom Stadthauamt getroffenen Sicherheitsmaßnahmen erwiesen sich als unwirksam. Die mit Steinblöcken und Eisenbahnschienen beschwerten Packungen wurden von der See hinweggespült. Stark gefährdet ist auch das Strandkasino, da die Wassermassen die Böschung unterspülen, welche die Gebäude stützen. Auf dem Südteil der Promenade bildete die See eine neue Einbruchsstelle. Die Bergungsarbeiten mußten wegen Lebensgefahr eingestellt werden. Die Wogen schlagen bis auf die Dächer der Gebäude am Strand. Da die Springflut wieder verstärkt einsetzte, ist mit der Zerstörung aller Anlagen am Strande zu rechnen. Der bisher angerichtete Schaden ist sehr groß.

Bone (Algerien), 31. Dez. Ein wütender Sturm herrscht seit 24 Stunden an der Küste.

Die wichtigsten Sorgen. Die sozialistische Thüringer Regierung setzt den Kampf gegen monarchische Erinnerungen fort. Die Vorstände der staatlichen Behörden sollen nun ihren vorgesetzten Ministerien umgehend anzeigen, ob sich außen oder im Innern ihrer Dienstgebäude noch die Bezeichnungen „Großherzoglich", „Herzoglich", „Fürstlich" befinden, welche Hoheitszeichen der monarchischen Staatsgewalt sonst noch vorhanden sind und warum die Beseitigung der Anschriften und Hoheitszeichen bisher unterblieben ist, ferner wie hoch sich die Kosten ihrer Beseitigung belaufen. Weiter wird die Entfernung aller Büsten und Bilder von Mitgliedern ehemals regierender Häuser aus den Amtsstuben, Verhandlungs- und Warteräumen, Gängen usw. gefordert, und zwar auch wenn sie Privateigentum von Beamten sein sollten. Beamte, die sich weigern, die Bilder und Büsten entfernen zu lassen, sind dem Ministerium namhaft zu machen. Die Schulen haben sich vielfach noch nicht mit den neuen Fahnentüchern versehen und konnten daher am 9. November dem Beflaggungsbefehl der thüringischen Regierung nicht Folge leisten. Daher hat das Ministerium für Volksbildung die Schulvorstände angewiesen, für die Beschaffung von Fahnentüchern in reichsdeutschen und thüringischen Farben Sorge zu tragen. Ferner hat es angeordnet, Briefpapiere, Prüfungszeugnisse und andere Formulare, die noch den Aufdruck „Großherzoglich", „Herzoglich", „Fürstlich" tragen, sofort aus dem Verkehr zu ziehen.

Gebührenstreik der Nürnberger Hausbesitzer. Eine Versammlung der Nürnberger Hausbesitzer beschloß einstimmig, mit dem 1. Januar in den Gebührenstreik einzutreten, bis den Hausbesitzern in der Frage der Erstattung der Reparaturenkosten entgegengekommen werde.

Ein Dynamitattentat in der Silvesternacht. In der Silvesternacht kurz nach 12 Uhr warf auf dem dichtbevölkerten Marktplatze vor der Kirche in Dinkelsbühl ein junger Mensch eine selbstgefertigte Dynamitbombe in die Menge. Nach den bisherigen Feststellungen wurden mindestens 50 Personen, darunter 20 schwer verletzt. Anscheinend war das Attentat gegen Schutzleute gerichtet. Eine Reihe von Personen wurde verhaftet.

Durch Gas vergiftet. In Breslau wurde der 42jährige Mechaniker August Böhm, der vor vier Monaten seine Ehefrau verloren hat, am Silvesterabend mit seinen vier Kindern im Alter von 8 bis 13 Jahren in seiner Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden.

Die französische Lehrergewerkschaft. Die Gewerkschaft der französischen Lehrer und Lehrerinnen in den öffentlichen Schulen in Frankreich ist vor dem Strafgericht angeklagt worden wegen Verletzung der Gesetze über die Gewerkschaften.

Die Arbeitslosenversicherung. Im Reichsarbeitsministerium wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung vorsieht. Der Aufwand, den die Versicherung ausmacht, soll im Wege des Umlageverfahrens durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeckt werden. Da bis zu dem Inkrafttreten des Gesetzes noch eine gewisse Zeit verstreichen wird, soll bereits vorher durch einen kleinen Aufschlag auf die Krankenkassenbeiträge das nötige Kapital für die Versicherung angesammelt werden. Auch die Beträge, die später auf Grund des Gesetzes zu zahlen sind, sollen sich in mäßigen Grenzen halten. Wie das Reichsarbeitsministerium betont, steht das Gesetz keineswegs im Widerspruch zu der Reichsverfassung, da es dort nur heißt, das Reich sei verpflichtet für den Unterhalt der Arbeitslosen zu sorgen, nicht aber gesagt ist, daß es selbst die Kosten dazu aufbringen müsse.

Der unsterbliche Johann Orth. Wer hätte das für möglich gehalten, daß Johann Orth sogar den Weltkrieg überleben würde? Da die letzten, an Abenteuern so reichen Jahre ihm, den man in den Kämpfen der Kubaner gegen Roosevelt und der Japaner gegen die Russen hatte teilnehmen lassen, der Jahr für Jahr immer wieder, bald in Südafrika und Nordamerika, bald in Argentinien oder Ostasien aufgetaucht war, nicht wieder zur Auferstehung verholfen hatten, durfte man glauben, die fabelspinnende Phantasie habe sich endgültig beruhigt. Nun soll er unter den in Aegypten Umgekommenen sein Johann Salvador aus dem Hause Toskana, der Bruder des Großherzogs Ferdinand, der in jungen Jahren den Thron zu Florenz verloren hatte, des Vaters Leopold Wölflings und der Luise von Sachsen, ist ja nicht der einzige Erzherzog gewesen, den die allzu strenge Etikette der Habsburger dazu trieb, sich seine eigenen Wege zu suchen. Aber sein auf Kenntnissen und Einsicht beruhender Kampf gegen den Drill in der österreichischen Armee, die Flucht des in seinen soldatischen und politischen Bestrebungen Enttäuschten zum bürgerlichen Namen, zum bürgerlichen Beruf und in die Arme einer bürgerlichen Gattin hatten etwas Schlichtes und Folgerichtiges, das für ihn einnahm. Es hätte freilich noch nicht genügt, ihn zur Sagengestalt zu machen, wäre nicht sein geheimnisvolles Verschwinden auf hoher See dazu gekommen. Gerade daß von dem Schiff, das er als Kapitän befehligte, und von seiner Besatzung, seit der Ausfahrt aus dem Hafen von La Plata am 12. Juli 1890 niemand mehr die geringste Kunde vernommen hat, dieser von anderen Anzeichen gestützte Beweis, daß es den Untergang fand, hat der üppigen Legendenbildung ihre Grundlage gegeben. Am 6. Mai 1911 wurde Johann Orth für tot erklärt, im Jahre 1912 wurde sein Nachlaß versteigert; seitdem, also seit etwa einem Jahrzehnt, war es von dem Erzherzog, der heute fast 70 Jahre alt wäre, still geworden. Nun taucht plötzlich im Zusammenhang mit den ägyptischen Unruhen, vielleicht nur infolge eines Mißverständnisses oder einer Verwechslung, wie ein Geistergruß noch einmal sein Name auf. Vielleicht will die Tatsache, daß man ihn nicht, wie sonst stets, lebend gesehen haben will, sondern daß er unter den Gefallenen genannt wird, besagen, daß dies das letzte der Gerüchte war, die von Johann Orth durch die Welt gingen.

Bad. Landestheater.
Dienstag, 3. Januar, 5½—9½ Uhr. Mk. 40.—
Tannhäuser
und der Sängerkrieg auf Wartburg.

Die Hexe Li.

Roman von **Hermann Weick.**

(32) —— (Nachdruck verboten.)

Pfeifen schrillten, Hörner tuteten. Mit lautem Getöse kamen einige Wagen herangefahren. Die Feuerwehr eines Nachbardorfes. Männer mit rotbeschienenen Gesichtern sprangen von den Wagen. Andere kamen hinzu.

Neue Wassermengen rannten gegen das Feuer. Neue Leitern kletterten am Hause empor.

Das Feuer lachte ihrer.

In einer Ecke des Platzes standen, sich ängstlich zusammendrängend, die Kurgäste. Einige Frauen weinten.

Eberhard trat zu ihnen. Er erkannte niemand. Einen Herrn, der abseits stand, fragte er:

„Ist Fräulein Petersen gerettet?"

Erstaunt sah der Gefragte ihn an.

„Ja! Alle sind gerettet."

„Gott sei Dank!"

Heftiges Krachen kam aus dem Haus. Die Frauen schrien auf. Erregter Befehlston schallte von der Stelle her, wo die Feuerwehr fieberhaft arbeitete.

Doktor Braun stand plötzlich neben Eberhard.

„Sie sind hier!"

In übermächtiger Bewegung ergriff Eberhard des Arztes Hand.

„Sie ist gerettet!"

Doktor Braun nickte.

„Aber das Haus ist verloren."

Fräulein von Waldau kam auf sie zu. Halb angekleidet. Furchtbare Angst im Gesicht.

„Herr Doktor, haben Sie Li nicht gesehen?"

„Vor wenigen Minuten war sie noch hier."

„Ich suche sie überall, kann sie aber nicht finden."

„Vielleicht ist sie in ein benachbartes Haus gegangen."

Eberhard fühlte etwas Dunkles, Beengendes auf sich zukommen.

„Ich will sie suchen, Doktor," sagte er.

Der Arzt wandte sich einem Feuerwehrmann zu, der in höchster Erregung herbeigeeilt war. Sie sprachen leise miteinander.

Doktor Braun zuckte zusammen. Er wandte sich Eberhard zu. Seine Augen sahen aber an diesem vorbei.

„Drüben werde ich benötigt," sagte er stockend, rauh. „Warten Sie hier auf mich; ich bin gleich wieder zurück."

Erstaunt blickte Eberhard ihm nach. Brauns Stimme hatte so seltsam geklungen . . .

Es hielt Eberhard nicht an der Stelle. Angst, die mehr und mehr wuchs, trieb ihn hin und her.

Er suchte Li. Er rannte zur Straße. Fragte die Bauern nach ihr. Ging auch in einige Häuser. Niemand hatte sie gesehen.

Er eilte zurück. Hastete um das Haus. Wurde von den Männern, die rastlos mit den Flammen rangen, zurückgewiesen. Hörte manchen Fluch hinter sich herschallen.

Hinter dem Hause standen einige Männer in erregtem Gespräch beisammen. Als Eberhard nahte, schwiegen sie. Doktor Braun war unter ihnen.

„Ich habe sie nicht gefunden," sagte Eberhard.

Die anderen traten beiseite.

„Aber wir!" stieß Doktor Braun hervor. Seine Stimme hatte keinen Klang.

„Wo ist sie?"

Der Arzt schwieg. Es war eine unheimliche Stille. Man hörte nur das Knistern der Flammen.

„Wo ist sie, Doktor?" fragte Eberhard flehend.

Doktor Braun faßte ihn am Arm.

„Kommen Sie!" befahl er.

Einige Männer trugen eine verhüllte Gestalt vorüber.

Eberhard begann zu zittern. Seine Augen traten aus den Höhlen. Es riß ihn zu dem Zug, der sich langsam nach einem der Seitengebäude hin bewegte.

Wie Zangen lagen des Doktors Finger um seinen Arm.

„Hierbleiben!"

Eberhard wußte alles.

Er sank in sich zusammen.

„Wen tragen sie dort?"

Der Arzt sah vor sich nieder.

„Ist es Li?" fragte Eberhard tonlos.

Doktor Braun fühlte, daß der andere taumelte.

„Ja."

Eberhard sah zu dem Haus, in dem die Männer soeben verschwunden waren.

Seine Blicke waren starr.

„Tot?"

Ein Arm, tröstend wie der einer Frau, legte sich um ihn.

„Sie scheint erstickt zu sein."

„Erstickt!" wiederholte Eberhard und wunderte sich nicht mehr über das Geschehene.

Alles kam, wie es kommen mußte. Der Blitz, das Feuer, der Tod . . .

Der Arzt fuhr sich über die Augen. Das Leid Eberhard Meisters, den er liebgewonnen hatte, erschütterte ihn.

Gewaltsam riß er sich aus seiner wehen Stimmung.

„Der Teufel hole die unbesonnenen Frauenzimmer! Wir waren heilfroh, als wir alle glücklich aus dem Feuer hatten. Da muß sie noch einmal ins Haus! Und warum? Wegen eines wertlosen Bildsetzens! Es ist zum Wahnsinnigwerden!"

Er hob ein Bild auf, das in ihrer Nähe auf dem Boden lag. Es war ungerahmt.

„Dieses verrußte Ding hatte sie in der Hand, als wir sie fanden."

(Schluß folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Aus dem Stadtkreise

Weitere Einschränkung des Personenverkehrs?

Da die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe zurzeit nur über sehr geringe Kohlenvorräte verfügt und die Kohlenzufuhr auf dem Wasserwege des niedrigen Rheinwasserstandes halber gleichfalls sehr beschränkt ist, so muß, wenn die Verkehrslage und Kohlenzufuhr sich nicht in Bälde wesentlich verbessert, mit weitergehenden, unter Umständen kurzfristig anberaumten Einschränkungen im Personenverkehr gerechnet werden. Einstweilen wird der Personenverkehr in dem Umfang weitergeführt, wie er seit dem 29. Dezember besteht.

*

Verkehrssperren. Wegen Betriebsschwierigkeiten und bedrohlichen Kohlenmangels, als Nachwirkung des nunmehr beigelegten Ausstandes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, ist die Annahme von Eil- und Frachtgutwagenladungen verboten. Von der Sperre sind nur ausgenommen: dringende Lebensmittel, lebende Tiere, Brenn- und Motorbetriebsstoffe, Besatzungs- und Wiederaufbaugut, sowie Zeitungsdruckpapier. Das Annahmeverbot dauert voraussichtlich nur kurze Zeit.

Zu der Störung des Betriebs auf der Straßenbahn am Neujahrstag werden uns vom Städtischen Straßenbahnamt noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Bedauerlicherweise traten mit Beginn des neuen Jahres wiederholt Störungen im Straßenbahnbetriebe auf, die sich am Neujahrstag bis in die Nachmittagsstunden erstreckten. Die Störung kam vom Murgwerk. Verursacht wurde sie durch Silvesterschießen bei Ettlingen mit Sprengmunition, deren Explosion das Blitzseil der 100 000 Voltleitung zerriß, was Erdschluß hervorrief und zur Folge hatte, daß sämtliche Dampfkraftwerke stillgelegt wurden und Karlsruhe mit Unter- und Mittelbaden einschließlich der Pfalz ohne Licht- und Kraftstrom war. Die Störungen heute früh, die unglücklicherweise in die Zeit fielen, zu der der verstärkte elektrische Betrieb zwischen Karlsruhe und Hagsfeld aufgenommen werden sollte, sind auf den heftigen Sturm zurückzuführen, der in der Fahrdrahtleitung des Bahnnetzes einen Kurzschluß verursacht hat.

Der Millionengewinn der Sparprämienanleihe. Im Gebäude der Reichsschuldenverwaltung begann die Gewinnverlosung für die Sparprämienanleihe. Der Hauptgewinn von einer Million Mark fiel auf Gruppe 2475 Nr. 23.

Tätigkeit der hiesigen Nahrungsmittelpolizei. Im Laufe November und Dezember 1921 wurden 12 325 Kannen Milch geprüft und 197 Proben zur Untersuchung erhoben. Davon wurden beanstandet: 2 Proben als gewässert und 8 als entrahmt. Wegen Milchfälschung gelangten 7 Landwirte und Landwirtsfrauen zur Anzeige. Ferner wurden folgende Nahrungsmittelproben untersucht: kondensierte Milch 1, Milchpulver 1, Wurst 7, Hackfleisch 1, Vanillen-Zucker 18, Staubzucker 1, Zimmt 10, Nelken 6, Pfeffer 10, Butter 4, Reis 1, Wein 6, Bier 35, Corned-Beef 2 und Seifenpulver 1. Beanstandet wurden: 1 Essigprobe als künstlich gefärbt, 1 Vanillen-Zuckerprobe als gefälscht (der Rest wurde beschlagnahmt), 2 Zimmtproben, weil sie mit Sand verunreinigt waren, 1 Staubzuckerprobe, weil sie mit Hirschhornsalz verunreinigt war, 2 Nelkenproben, weil sie erhebliche Mengen von gepulverten Nelkenstielen enthielten, 3 Butterproben wegen sehr hohen Wassergehalts, 1 Probe Corned-Beef als verdorben. Vom hiesigen sowie von auswärtigen Amtsgerichten wurden 12 Landwirte und Landwirtsfrauen wegen Milchfälschung mit Geldstrafe von 50—500 ℳ bestraft.

Strafporto! Ein schreckliches Wort, das schon in Friedenszeiten keinen angenehmen Klang hatte. Es scheint, daß manche Menschen die „flammenden" Proteste von der ungeheuerlichen Erhöhung des Portos nicht vernommen haben. Ein Mann hat sich vorgenommen, sich als tot erklären zu lassen, damit er nicht in die Lage komme, Briefe schreiben zu müssen. Ein anderer teilte seinem Bekanntenkreis mit, daß der an Silvester gesandte Brief der letzte sei und daß er nun nur noch auf dem Wege der Gedankenübertragung mit lieben Wesen verkehren wolle. Aber eines schickt sich nicht für alle. Und gar für ein Zeitungsunternehmen bleibt der Verkehr mit der Oeffentlichkeit nach wie vor ein bitterer Zwang. Wie ja auch der Schaffensrausch die dichtende und schriftstellernde Welt immer zwingen wird, sich der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Und so lange es Zeitungen und Publikum gibt, wird die erstere stets den Mittler abgeben müssen. Ergo muß sie auch die Briefe mit den mehr oder minder unsterblichen Werken annehmen, auch wenn sie von der kalten Umarmung des Papierkorbs ums Leben gebracht werden. Doch nicht allein Ideales findet den Weg zu uns, auch die grobstofflichen materialistischen Beweggründe suchen den Verkehr mit der Zeitung. Allzuhäufig vergessen viele aber jetzt den neuen Posttarif. Da man der Zeitung nicht zumuten kann, für jeden Brief auch noch das doppelte Strafporto zahlen zu müssen, so wird vielleicht dieser oder jener rettende Gedanke zur Verbesserung der Valuta oder Beseitigung der Wohnungsnot oder unseres chronischen Dalles nicht fruchtbar, weil seine „Annahme verweigert" wurde. Darum sei diese kleine Epistel mit der obligaten Nutzanwendung geschlossen: Frankiere richtig, sonst ist's noch teurer. Und daß es höher kaum noch geht, darüber sind wir ja einig.

Postverkehr mit dem besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Coblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann sonach die Ueberwachung des Postverkehrs jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebiets ohne weiteres ausüben lassen. Sie verfährt auch dementsprechend und richtet auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem bald in jenem Orte des besetzten Gebiets Postüberwachungsstellen ein. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Belieben der obersten Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Eine Ueberraschung besonderer Art wurde den Insassen des städt. Altersheims, Zähringerstr. 4, zuteil, indem jedem am Neujahrstage zum Mittagstisch ein Viertel vorzüglicher Wein vorgesetzt wurde, die der Inhaber des Hotels zum „Wiener Hof", Herr Emil Späth, den alten Leuten überweisen ließ, insgesamt 105 Viertel. Auch das Personal erhielt die gleiche Spende. Große Freude herrschte darob bei den Bewohnern des Altersheims.

Zur Förderung des Studiums begabter Söhne minderbemittelter Eltern hat der Bankier Hugo J. Herzfeld in Berlin dem Reichspräsidenten einen Betrag von zunächst fünf Millionen Mark mit der Zusicherung zur Verfügung gestellt, auch in den kommenden Jahren weitere größere Summen zu demselben Zwecke zu überweisen. Der Reichspräsident hat diese Stiftung gerne entgegen genommen und bestimmt, daß die überwiesenen und künftig noch eingehenden Beträge unter dem Namen „Deutsche Studentenhilfe" (Hugo J. Herzfeld-Stiftung) dazu verwandt werden sollen, begabten Söhnen minderbemittelter reichsdeutscher Eltern aus allen Teilen Deutschlands, insbesondere Söhnen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, früheren und jetzigen Unteroffizieren und Offizieren, ohne Unterschied der Konfession und Partei das Studium an deutschen Hochschulen zu ermöglichen. Zur Verwaltung und Beaufsichtigung der Stiftung wird der Reichspräsident ein Kuratorium berufen, das unter seinem Vorsitz im allgemeinen und im einzelnen über die Verwendung der Summen Entscheidung treffen wird. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Von der Angestelltenversicherung. Der Reichstag hat zur Ergänzung des Gesetzes über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 23. Juli 1921 ein weiteres Gesetz erlassen, wonach Angestellten, die bis einschließlich 10. Juni 1921 bei einem öffentlichen oder privaten Lebensversicherungsunternehmen den Abschluß eines Versicherungsvertrages beantragt haben, auf Antrag Befreiung von der eigenen Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung bewilligt werden kann. Der Jahresbeitrag zu dieser Lebensversicherung einschließlich der Beiträge für eine etwaige Nachversicherung, wofür der 31. Dezember 1921 endgültig ist, muß jedoch am Tage des Befreiungsantrages mindestens dem Beitragsanteile gleichkommen, den der Angestellte nach dem Gesetz vom 23. Juli 1921 entsprechend seinem Jahreseinkommen für die Angestelltenversicherung zu tragen hätte. Anträge auf Befreiung müssen bis spätestens 31. Januar 1922 gestellt sein und sind an die Stadtkanzlei Abteilung III, Rathaus, Zimmer Nr. 179, zu richten.

Veranstaltungen.

Strandfest auf Rügen. Die Vorbereitungen zu dem Strandfest am 11. Januar d. J. sind in vollem Gange. Der bewährte Vergnügungsausschuß des „Rheinklub Alemania" hat sich die Mitarbeit erster Karlsruher Künstler gesichert. So wird die künstlerische Ausstattung der Festhalle und ihrer Nebenräume unter der Leitung der Herren Emil Burkard, Theatermaler und Wilhelm Hempfing, Kunstmaler, durchgeführt. Kapellmeister Rudolph bietet alles auf, um mit seinen beiden Orchestern etwas ganz vorzügliches an Tanzmusik zu Ohren zu bringen. Für die Tanzleitung selbst hat die „Alemania" die Herren Graf Münster und Kurt Großkopf gewonnen. Die Preise für das Tanzturnier werden selbst verwöhntesten Ansprüchen genügen; ebenso sind die Gewinne für die Tombola für verwöhnte Ansprüche ausgewählt. Der Vorverkauf der Eintrittskarten geschieht in den durch Anzeige bekannt gemachten Geschäften; erfreulicherweise zeigt sich schon ein lebhaftes Interesse für das sicherlich ganz eigenartige Strandfest, und es dürfte zu empfehlen sein, sich bald Eintrittskarten zu sichern.

Vorträge. Es sei hiermit hingewiesen auf die öffentlichen Vorträge im Postschen Konservatorium am Mittwoch, den 4. Januar über das Thema: „Eine vergangene und eine vor uns liegende große Trübsal im Lichte bibl. Weisagung"; am Sonntag, den 8. Januar über: „Die bibl. Wahrheit für unsere Zeit". (Siehe d. Anz.).

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 30. Dez.: Gustav Schrodt von hier, Postgehilfe hier, mit Babette Hahn von Egelsbach; Ernst Schucker von hier, Krankenpfleger, hier, mit Pauline Scheck von hier.

Geburten. 25. Dez.: Kurt Erich, Vater Erich Lichaenstein, Schriftsetzer. — 28. Dez.: Lieselotte Marg. Anna, Vater Friedr. Kammerer, Kaufm.; Kurt Erich Georg, Vater Gg. Tranzer, Polizeileutnant. — 29. Dez.: Albert Friedrich, Vater Friedrich Schenkel, Schuhmacher; Walter Leo Josef, Vater Leo Oechsler, Postschaffner. — 30. Dez.: Gerda Maria Elisabeth, Vater Bertold Hofheinz, Schlosser; Günther Hugo, Vater Dr. Ernst Frey, Zahnarzt.

Todesfälle. 30. Dez.: Adolf Görnemann, Glaser, Ehemann, alt 68 Jahre; Hilda, alt 1 Jahr, 2 Monate 4 Tage, Vater Eugen Demarez, Amtsdiener; Johannes, alt 8 Tage, Vater Kurt Zweifel, Schlosser. — 31. Dez.: Lina Kirchenbauer, alt 27 Jahre, Ehefrau von Theodor Kirchenbauer, Dreher. — 1. Jan.: Josef Cynamon, Kaufm., Ehemann, alt 69 Jahre; Emil, alt 11 Monate 19 Tage, Vater Phil. Werling, Taglöhner; Karol. Knapp, alt 35 Jahre, Ehefrau von Herm. Knapp, Obersekr.; Kath. Hörr, alt 62 Jahre, Witwe von Peter Hörr, Geflügelhändler.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Dienstag, den 3. Januar. 10 Uhr: Katharina Hörr, Geflügelhändlers-Witwe, Karlstr. 12. — 11 Uhr: Lydia Bönsel, Schriftsetzers-Ehefrau, Waldhornstr. 32, Feuerbestattung. — ½2 Uhr: Karoline Knapp, Obersekretärs-Ehefrau, Marienstr. 94. — 2 Uhr: Marie Butsch, ohne Beruf, Durlacherstr. 6. — ½3 Uhr: Georg Stumpf, Totengräber, Karl-Wilhelmstr. 59. — 3 Uhr: Lina Kirchenbauer, Drehers-Ehefrau, Wielandtstr. 12.

Sport-Spiel

Automobilsport.

Automobilwoche in Monaco. Als Seitenstück zur Internationalen Flug- und Motorbootwoche von Monaco wird in der Zeit vom 23. bis 27. März 1922 zum zweiten Male ein Automobilmeeting in Monaco veranstaltet werden. Die Prüfungen sind offen für Fahrräder mit Hilfsmotoren, Motorräder mit und ohne Beiwagen, zweisitzige Cyclecars, zwei- und viersitzige Tourenwagen sowie Rennwagen.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Montag, den 2. Januar 1922.

Beobachtungen badischer Wetterstellen 7½ morgens

Luftdr. in NN mm	Temp. C	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	8	7	6	SW	Sturm	Regen	6
Königstuhl Seehöhe 563 m							
760,4	3	5	—2	SW	Sturm	Nebel	7
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
762,5	7	6	2	SW	frisch	Regen	1
Villingen Seehöhe 712 m							
766,3	3	2	2	S	schwach	bedeckt	4
Feldbergerhof (Schw. Seehöhe 1281 m							
652,9	0	3	—2	W	stürm.	Schnee	12

Allgemeine Witterungsübersicht.

Unter der fortdauernden Einwirkung ostwärts ziehender Sturmwirbel ist das Wetter allgemein trüb, mild, vielfach stürmisch und regnerisch; im Hochschwarzwald sind Schneefälle vorgekommen. Es scheinen noch weitere Sturmwirbel vom Atlantischen Ozean heranzuziehen, so daß mit einer Wetteränderung vorerst nicht gerechnet werden kann.

Wetteraussichten für Dienstag, den 3. Januar: Unbeständig und böig, zeitweise weitere Niederschläge, etwas kühler; in höheren Gebirgslagen Schnee und leichter Frost.

*

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	2. Jan.	1. Jan.
Schusterinsel	0,65 m	0,78 m
Kehl	1,53 m	1,52 m
Maxau	3,26 m	3,25 m
„	— m	mittags 12 Uhr 3,23 m
„	— m	abends 6 Uhr 3,27 m
Mannheim	1,99 m	1,69 m

Mit dem Überhandnehmen der

telephonischen Anzeigenbestellungen

mehren sich verhältnismäßig die Beschwerden über Unrichtigkeiten, die durch Hörfehler entstanden sind. Den Auftraggebern, ebenso wie uns, sind solche Fehler natürlich sehr unwillkommen, zumal wenn sie zum Anlaß unangenehmer Auseinandersetzungen darüber werden, wer für den Fehler aufzukommen hat.

Wir bitten deshalb im beiderseitigen Interesse wiederholt, Anzeigen

nur in den dringendsten Fällen

ausnahmsweise telephonisch zu bestellen, und machen höflich aufmerksam, daß wir jede Verantwortung ablehnen müssen für alle Unrichtigkeiten, die durch Mißverständnisse entstehen, welche trotz aller Aufmerksamkeit und Sorgfalt bei Telephongesprächen nun einmal nicht ausgeschlossen sind.

Karlsruher Tagblatt.

Gaskoks

Stück- und Nußkoks

berechnen wir unseren ständigen Abnehmern vom 2. Januar 1922 ab bis auf weiteres den Zentner zu Mk. **48.**— ab Werk
„ „ „ Mk. **50.**— frei Keller.

Karlsruhe, den 30. Dezember 1921.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Wohnungstausch. Eine 2 Zimmerwohnung mit Küche, Zähringerstr. part., wird gegen eine ebensolche zu tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 8779 i. Tagblattb. erb.

Tausche schöne **4 Zimmerwohnung** nebst Zubehör in **Pforzheim** gegen entsprechende Wohnung möglichst in sonniger Lage **Karlsruhes.** Angebote unter Nr. 8774 ins Tagblattbüro erbeten.

Tausche mein **Laden** und **3 Zimmerwohnung** gegen eine **4—6 Zimmerwohnung.** Angebote unter Nr. 8739 ins Tagblattbüro.

Zimmer

Gut möbl. Zimmer sofort zu vermieten: Rudolfstraße 31, 2. Stock.

In bester Lage der **Weststadt** ist ein **möbl. Zim.** an nur ruh. Mieter abzugeb. Ang. u. Nr. 8781 ins Tagblattbüro erbet.

Möbl. Zimmer gesucht

Auf 1. Februar gut möbliertes Zimmer gesucht auf 2 Monate, womöglich in der Neuweststadt. Angebote unter Nr. 8776 ins Tagblattbüro erb.

Junges Ehepaar sucht **2—3 Zimmerwohng.** möbliert, mit Küche. Angebote unter Nr. 8780 ins Tagblattbüro erbet.

Kapitalien

20 000 Mark 1. oder 2. Hypothek, auf nur gute Objekte von Selbstgeber an Selbstnehmer sofort abzugeben. Näh. Humboldtstr 21, II l.

Offene Stellen

Mädchen für Zeichen- und Bügelabteilung sucht Dampfwaschanstalt **Schorpp,** Kaiserallee 87

Gewandte, zuverlässige **Büglerin** auf Stärke- und Glattwäsche als Vorarbeiterin gesucht. **C. Bardusch,** Waschanstalt, Ettlingen.

Ein **braves Mädchen** für Hausarbeiten per 15. Januar gesucht: Werderplatz 25, 3. Stock.

Perfekte Stenotypistin zum möglichst sofortigen Eintritt **gesucht.** Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen, wenn möglich mit Bild, erbeten an **Wilhelm Gilles,** Stahl u. Eisen, **Karlsruhe,** Beiertheimer-Allee 32.

Größeres Karlsruher Unternehmen sucht einen jüngeren unverheirateten Herrn von 20 bis 24 Jahren zur **Unterstützung der Betriebsleitung.** Verlangt werden gute allgemeine Bildung, leichte Auffassungsgabe, Arbeitsfreudigkeit, Pflichtbewußtsein, Anpassungsfähigkeit, ruhiger fester, verträglicher Charakter, Geschicklichkeit im Verkehr mit dem Personal. Bei entsprechenden Leistungen gutbezahlte, dauernde und aussichtsreiche Stellung.

Herren, welche diesen Ansprüchen zu entsprechen glauben, sind eingeladen, ausführliche Bewerbungsschreiben mit Angabe des Bildungsganges und der Gehaltsforderung unter Beifügung eines Lichtbildes unter **J. U. 9079 an Rudolf Mosse, Berlin S.W 19** zu senden.

Bewerber, welche schon praktische Erfahrung in der Betriebsführung haben u. über maschinen-, elektro- und wärmetechnische Kenntnisse verfügen, erhalten den Vorzug, insbesondere, wenn sie aus der Mälzerei- oder Brauerei-Branche kommen.

Ehrliches solides **Mädchen** für Arzt-Haushalt auf sofort od. 15. Jan. gesucht. Zu erfr. Kaiserstr. 227 II.

Gesucht zum sofortigen Eintritt junges, kräftig. **Mädchen** zur **Beihilfe am Buffet,** ebenso **Küchenmädchen.** **Hotel Karpfen,** am Ludwigsplatz.

Ein tüchtiges Mädchen bei hohem Lohn sofort ges. **Volksküche Luisenhaus,** Baumeisterstr. 56.

Zuverlässiges ehrliches **Mädchen,** das Haushalt selbständig führen kann, nicht unter 20 Jahren, bei gutem Lohn und Verpflegung zum baldigen Eintritt gesucht. **Schmid,** Sofienstr. 112.

Auf 15. Januar oder 1. Februar suche ich ein ordentliches **Mädchen,** das schon aedient hat. Frau **Maier-Weinheimer,** Kronenstr. 32

Jüngeres Mädchen oder **Monatsfrau** für vormittags in kleinen Haushalt gesucht: Steinstraße 5 II.

Jüngere saubere **Putzfrau** in Dauerstellung sofort gesucht. **Salvator-Schuh-Ges. m. b. H.** Kaiserstr. 183, 1 Tr.

Männlich

Anwaltsgehilfe oder **Fräulein,** das schon auf Anwaltsbüro arbeitete, gesucht, möglichst **sofort.** **Dr. L. Weill,** Kaiserstraße 179.

Stellen-Gesuche

Einkassiererin sucht **Stelle** in nur gutem Restaurant. Angebote unter Nr. 8778 ins Tagblattbüro erbeten.

Empfehlungen

Jackenkleider Mäntel Mantelkleider werden unter Garantie gutsitzend und preiswert angefertigt Frau **Walter,** Kreuzst. 17 Ecke Markgrafenstraße.

Ihr Paßbild in wenigen Minuten nur im Photograph. Atelier, Herrenstr 38

Verloren u. gefunden

Wolfsspitzer verlaufen. Abzugeben: Zirkel 14, III links.

Verkäufe

Haus-Verkauf Geschäftshaus mit Werkstätten und Laden zu verkaufen. Angebote unter Nr. 8777 ins Tagblattb.

Aelter. Tafelklavier (Antik-Möbel) zu verkf. Angebote un. Nr 8775 ins Tagblattbüro erbet.

Für Geometer und Architekten! Entbehrlichgewordener **Zeichentisch** mit aufgeklappter Platte 0,82 2,41 lang, großer Schublade, für 500 Mark zu verkauf. Nelkenstraße 17 II links.

Schreibmaschine (Pittsburg-Standart Nr. 11) gebraucht, gut erhalten (Sichtschrift) zu verkaufen **Schmid,** Sofienstr. 112.

Kostüm für mittl. Figur, gut erhalten, billig abzugeben: Schützenstr. 44, 2. Stock.

Smoking auf Seide ges., beste Friedensqual. (mittelgroße schlanke Figur), sehr gut erh., zu verk.: Akademiestraße 13 I.

Kaufgesuche

Gebr. Pianino und Herrenzimmer z. kauf. gef. Ang. m. Preis u. Nr. 8773 i. Tagblattb.

Gänse-Lebern kauft fortwährend zu höchsten Tagespreisen **A. Wenner,** Mühlburg, Hardtstr. 11.

An- u. Verkauf von Kleidern, Schuhen, Wäsche, Möbel u. alle Art Gegenst. zu reellem Tagespreis J. Glotzer Zähringerstraße 53a. Telephon 3488.

Ausgekämmte Frauenhaare kauft zu neuen erhöhten Preisen. **Oskar Decker,** Haarhandlung, Kaiserstr. 32.

Ziehung 11. u. 12. Jan. 1922. **Geld-Lotterie** zur Wiederherstellung der Stadtkirche in Schotten. Nur 80 000 Lose, 3734 Geldgewinne Mark **80000** ev. Höchstgewinn: **50000** Hauptgewinne: **40000** **10000** Lose zu Mk. **3.60.** Liste und Porto M. 3.— empfehl. alle Verkaufsstellen sowie die Generalagentur **Eberhard Fetzer** Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6 Postkto. Karlsruhe 19876.

Gebr. Möbel kauft zu zeitgemäßen Preisen wegen großem Bedarf. **Altmöbelstelle — Karlsruhe.** Gemeinnützige Hausratsverwertung Schloßplatz 13 Telephon 3204

Gummisohlen Durch günstige Einkäufe sind wir in der Lage, unserer verehrten Kundschaft sowie Publikum **solange Vorrat reicht,** sehr günstig zu bieten: **Prima Gummisohlen** aus bestem Rohgummi hergestellt, angenehm im Tragen, vielfach ausprobiert. **Gummiplatten** speziell f. Damen- und Kindersohlen 4 Paar Mark **40.-** **Gummiplatten** f. Herren-sohlen 4 P. Mk. **50.-** 6 P. Mk **70.-** Kann von jedermann selbst aufgemacht werden. Ebenso nehmen wir auch Schuhe zum Besohlen und Reparieren bei billiger Berechnung an. **Gummiwarenhaus K. Sperber** Werderplatz 34. Werderplatz 34.

Der neue Post-Tarif Sonderabdruck aus dem „Karlsruher Tagblatt" ist auf Karton gedruckt erschienen und zum Preise von 2 Mark das Stück in unserer Geschäftsstelle, Ritterstraße 1, zu haben. **Karlsruher Tagblatt.**

Aegypten 1882—1922.

Eine Droschkenfahrt demonstrierender Studenten vor der englischen Botschaft in Berlin hat die öffentliche Meinung auf den neuen ägyptischen Aufstand aufmerksam gemacht. Die Berliner Polizei stellte auf Anruf den üblichen Schutz, und die Botschaft erklärte sich damit durchaus zufrieden. Weniger befriedigt wird sie von den Sympathien sein, die man hierzulande für die Aegypter hegt. Aber diese politische Stellungnahme rein theoretischer Art gehört zu den wenigen Bewegungsfreiheiten, die uns der Versailler Vertrag und das Ultimatum bis jetzt gelassen haben. Im Hochsommer 1920 war von London aus laut verkündet worden, England sei auf Grund der Verhandlungen Lord Milners mit Saad Zaghlul Pascha, dem Führer der ägyptischen Unabhängigkeitsabordnung in Paris bereit, das am 18. Dezember 1914 verkündete und durch den Vertrag von Versailles anerkannte Protektorat abzuschaffen, d. h. die volle Unabhängigkeit und Gebietshoheit Aegyptens anzuerkennen. Das Land werde das Recht auf eigene diplomatische Verbindungen im Auslande haben und in den Völkerbund aufgenommen werden. Die englischen Beamten im ägyptischen Zivildienst, die nicht in ägyptische Dienste überträten, würden nach England zurückberufen. Die Besatzungsarmee werde in einer noch zu bestimmenden Frist zurückgezogen. Nur in Port Said, Ismailia und Suez müßten britische Kräfte bleiben, um die Bewachung des Kanals zu sichern. Es sah aus wie der erste Schritt zur allgemeinen Völkerversöhnung. Aber es war eine Fata Morgana, eine Flunkerei zur Besänftigung der islamitischen Bewegung. Es war genau so gelogen wie einst am 11. Juli 1882 die Botschaft des Admirals, der Alexandrien beschoß und dabei dem Khedive versicherte: „Ich als Befehlshaber der britischen Flotte halte es für angezeigt, Eurer Hoheit hiermit nochmals zu bestätigen, daß die britische Regierung keinerlei Absicht hegt, sich Aegyptens zu bemächtigen oder die Religion oder die sonstigen Freiheiten des Volkes zu beeinträchtigen. Die ausschließliche Absicht der britischen Regierung geht dahin, Eurer Hoheit und das ägyptische Volk gegen Rebellion zu schützen.“ So wurde drei Jahrzehnte weiter gelogen, bis im Oktober 1911 Sir Edward Grey erklärte: „Wir werden unsern Aufenthalt in Aegypten zu einem dauernden machen, um die Eingeborenen des Landes zivilisieren zu können.“ Damit fiel die Maske. Der Rest war die förmliche Annexion des Nilreiches im ersten Kriegsjahr 1914. Warum wurde Zaghlul Pascha so leichtgläubig, als nach dem Kriege wieder Flötentöne der Befreiung gespielt wurden? Kaum war er zu weiteren Verhandlungen mit Milner und dem Kolonialministerium über den Kanal nach England, also im eigentlichsten Sinne in die Höhle des britischen Löwen gegangen, da zeigten die Engländer plötzlich wieder das andere Gesicht. Sie hatten nämlich die Ueberzeugung gewonnen, daß die nationale Bewegung in Aegypten eingeschlafen sei und trafen nun die schärfsten und brutalsten Maßregeln in Aegypten gegen die „Gefahr des nächsten Aufstandes“. Die Folge war der wirkliche Aufstand.

Weder die beruhigende, aber doch heuchlerische Sprache einiger englischer Zeitungen, noch der geheimnisvolle Rücktritt Lord Milners vom Posten des Kolonialministers haben an der traurigen Entwicklung der Dinge in Aegypten etwas geändert. Zaghlul Pascha ist heute der Gefangene der englischen Militärmacht. In Alexandrien, Suez und Port Said schleudern die britischen Tanks gegen die ägyptische Bevölkerung Tod und Verderben. England behauptet nach wie vor, Aegypten zur Sicherung der Straße nach Indien zu benötigen. Es könnte sie sichern auch ohne das Protektorat. Man könnte bezüglich des Suezkanals ein für England zufriedenstellendes Abkommen treffen, wenn es sich eben nur um die Sicherung der Straße nach Indien handeln würde. Aber das ist es eben nicht. In seinem unstillbaren Durst nach Beherrschung der Welt dient England der Vorwand, unbehelligt nach Indien gelangen zu können, dazu, seinen ungeheuren Kolonialbesitz noch zu vergrößern. „Unser Wahlspruch“, so schreibt uns ein in Berlin lebender ägyptischer Nationalist, ist: „Traue keiner englischen Regierung, mag sie liberal oder konservativ sein. Erwarte auch nichts von den englischen Sozialisten oder irgend einer politischen Partei in England. Alle sind nur Glieder derselben Kette unter verschiedenen Namen.“

Wären wir doch auch erst soweit in der Kenntnis und Beurteilung der Psychologie der fremden Völker wie die braven Aegypter.

Einschränkung der Freiheitsstrafen.

In Nr. 118 des Reichsgesetzblatts wird das Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebiets der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen vom 21. Dezember 1921 verkündet, das am 1. Januar 1922 in Kraft tritt. Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Der Höchstbetrag der Geldstrafen, die in reichs- oder landesrechtlichen Strafvorschriften bei Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen angedroht sind, wird auf das Zehnfache, bei Verbrechen oder Vergehen aber auf mindestens einhunderttausend Mark erhöht. Ermächtigt das Reichsrecht oder das Landesrecht eine Behörde oder einen Beamten, Strafvorschriften zu erlassen und darin Geldstrafen bis zu einem bestimmten Höchstbetrag anzudrohen, so wird der zugelassene Höchstbetrag auf das Zehnfache erhöht.

Die Vorschriften des Abs. 1 gelten nicht, wenn die angedrohte Geldstrafe in dem Mehrfachen eines bestimmten Betrages besteht.

Der Höchstbetrag der in reichs- oder landesrechtlichen Vorschriften vorgesehenen Bußen wird auf das Zehnfache erhöht.

§ 2.

Das Strafgesetzbuch wird geändert wie folgt:

1. Im § 1 Abs. 2 und 3 werden die Worte „einhundertfünfzig Mark“ jeweils durch die Worte „eintausendfünfhundert Mark“ ersetzt.
2. Im § 28 Abs. 2 werden die Worte „sechshundert Mark“ durch die Worte „sechstausend Mark“ ersetzt.
3. Im § 29 Abs. 1 werden die Worte „fünfzehn Mark“ jeweils durch die Worte „einhundertfünfzig Mark“ ersetzt.
4. Im § 70 Nrn. 5 und 6 werden die Worte „einhundertfünfzig Mark“ jeweils durch die Worte „eintausendfünfhundert Mark“ ersetzt.

Im § 27 Nr. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes werden die Worte „von höchstens sechshundert Mark“ gestrichen.

Soweit in reichs- oder landesrechtlichen Strafvorschriften der Höchstbetrag der Geldstrafe, die für einen Tag Freiheitsstrafe anzusetzen ist, besonders bestimmt ist, wird er auf den zehnfachen Betrag erhöht.

§ 3.

Ist für ein Vergehen, für das nach den bestehenden Vorschriften Geldstrafe überhaupt nicht oder nur neben Freiheitsstrafe zulässig ist, Freiheitsstrafe von weniger als drei Monaten verwirkt, so ist an Stelle der Freiheitsstrafe auf Geldstrafe bis zu einhundertfünfzigtausend Mark zu erkennen, wenn der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden kann.

Soweit die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, tritt die verwirkte Freiheitsstrafe an ihre Stelle. Bei der Umwandlung ist das Gericht an den Maßstab des § 29 des Strafgesetzbuchs nicht gebunden.

§ 4.

Bei der Festsetzung der Geldstrafe sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters zu berücksichtigen.

§ 5.

Ist dem Verurteilten nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten, daß er die Geldstrafe sofort zahlt, so kann ihm das Gericht eine Frist bewilligen oder gestatten, die Strafe in bestimmten Teilbeträgen zu zahlen.

Das Gericht kann diese Vergünstigungen auch nach dem Urteil bewilligen. Es kann seine Entschließungen nachträglich ändern. Leistet der Verurteilte die Teilzahlungen nicht rechtzeitig oder bessern sich seine wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich, so kann das Gericht die Vergünstigung widerrufen.

Auf die nach Abs. 2 zu treffenden Entscheidungen findet § 494 der Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung.

§ 6.

Soweit die Geldstrafe nicht gezahlt wird, ist sie beizutreiben.

Der Versuch, die Geldstrafe beizutreiben, kann unterbleiben, wenn mit Sicherheit vorauszusehen ist, daß sie aus dem beweglichen Vermögen des Verurteilten nicht beigetrieben werden kann.

§ 7.

Die Vollstreckungsbehörde kann dem Verurteilten gestatten, eine uneinbringliche Geldstrafe durch freie Arbeit zu tilgen.

Das nähere regelt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats. Soweit dies nicht geschieht, sind die obersten Landesbehörden ermächtigt, das Nähere zu regeln.

§ 8.

Nach Anhörung der Staatsanwaltschaft kann das Gericht (§ 494 der Strafprozeßordnung) anordnen, daß die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe unterbleibt, wenn der Verurteilte ohne sein Verschulden außerstande ist, die Geldstrafe zu zahlen oder durch freie Arbeit zu tilgen.

§ 9.

Die Vorschriften des Militärstrafgesetzbuches werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 10.

Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1922 in Kraft.

Ist vor Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen eines Vergehens, wegen dessen nach den bestehenden Vorschriften auf Freiheitsstrafe erkannt werden mußte, auf eine Freiheitsstrafe von weniger als drei Monaten erkannt worden, so kann das Gericht (§ 494 der Strafprozeßordnung) dem Verurteilten auf seinen Antrag gestatten, die Freiheitsstrafe, soweit sie noch nicht verbüßt ist, durch Zahlung einer Geldstrafe bis zu einhundertfünfzigtausend Mark abzuwenden; dies gilt auch dann, wenn die Entscheidung, durch welche die Strafe festgesetzt worden ist, erst nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtskräftig wird. § 3 Abs. 2 gilt entsprechend. W.T.B.

Ein sozialdemokratischer Vertrauensbruch.

Dem Deutschen Reich ist durch bedauerliche Indiskretionen die Möglichkeit zu einer außeramtlichen Fühlungnahme mit führenden englischen Kreisen genommen worden. Vor kurzem hatte der Abg. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, Verbindungen mit englischen Parlamentariern angeknüpft. Die Fühlungnahme hatte den Zweck, mit den englischen Herren in Amsterdam zu einer interparlamentarischen Konferenz zusammenzukommen, auf der die Verhältnisse zwischen beiden Ländern besprochen werden sollten. Dr. Stresemann hatte einigen führenden deutschen Parlamentariern, darunter auch Sozialdemokraten, vertrauliche Mitteilungen von dem Vorhaben gemacht mit dem Anerbieten, an der Besprechung teilzunehmen. Von sozialdemokratischer Seite war dieses Angebot abgelehnt. Plötzlich erschien Ende der vorigen Woche in der unabhängigen „Freiheit“ eine Notiz, die von dem Vorhaben Dr. Stresemanns Mitteilung machte. Der mehrheitssozialdemokratische „Vorwärts“ schloß sich mit der hämischen Feststellung des „Internationalismus“ des Herrn Dr. Stresemann an. Nun sah sich die „Zeit“, das neue Organ der Deutschen Volkspartei, genötigt, folgendes festzustellen:

„Von englischer Seite ist durch eine Mittelsperson an Herrn Dr. Stresemann die Anregung gemacht, eine Zusammenkunft deutscher und englischer Parlamentarier zustande zu bringen. Als Voraussetzung wurde von englischer Seite gemacht, daß die Vertraulichkeit dieses Planes strengstens gewahrt würde. Darauf sind auch die wenigen Abgeordneten, mit denen Dr. Stresemann über die Sache sprach und sprechen mußte, um ihre Zustimmung zu erhalten, hingewiesen. Wenn man trotzdem einen Vertrauensbruch begangen und die Sache an die Oeffentlichkeit gebracht hat, dürfte der Gedanke der Zusammenkunft allerdings gescheitert sein. Ob das im Interesse Deutschlands liegt, mögen diejenigen, die die Indiskretion begingen oder verschuldeten, sich selbst beantworten. Es wäre durch die Zusammenkunft die erste Gelegenheit geschaffen worden, Parlamentarier aller Parteien aus den beiden Ländern zusammen zu bringen und ihnen eine Aussprache zu ermöglichen, durch die unter Umständen eine wesentliche Erleichterung der Lage Deutschlands hätte erreicht werden können. Das Auswärtige Amt wäre selbstverständlich in Kenntnis gesetzt worden, sobald die Fühlungnahme mit den verschiedenen Fraktionen ergeben hätte, daß auf deutscher Seite Geneigtheit bestand, an der Zusammenkunft teilzunehmen.“

Der „Vorwärts“ vermag sich gegen den schweren Vorwurf des Vertrauensbruches nur mit der Feststellung zu verteidigen, der Abg. Hermann Müller, mit dem Dr. Stresemann über die Angelegenheit gesprochen hatte, habe „nur zwei Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes“ Mitteilung gemacht. Hier ist also der Vertrauensbruch zugegeben. Der Vorfall zeigt, mit welchen Mitteln von sozialdemokratischer Seite der Rettung des deutschen Vaterlandes entgegengearbeitet wird, nur um parteipolitisch dem Gegner Schaden zuzufügen. Die Sozialdemokratie möchte wohl das alleinige Vorrecht zur Pflege internationaler Beziehungen haben, obwohl diese Beziehungen dem deutschen Volk noch nicht den geringsten Nutzen gebracht haben.

Das Arbeitsnachweisgesetz.

Dem Reichstag ist jetzt vom Reichsarbeitsminister der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes unterbreitet worden. Die Reichsregierung geht von der Auffassung aus, daß der öffentliche, paritätisch verwaltete Arbeitsnachweis das wirksamste Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit sein müsse. Um dieses Ziel möglichst umfassend zu erreichen, soll der vorliegende Entwurf zunächst einmal eine planmäßige Organisation schaffen, sie weiter einheitlich gestalten und ihren Umfang so weit als irgend durchführbar erstrecken. Zu der Frage, ob für die Arbeitsnachweise der Benutzungszwang ausgesprochen werden soll, ob also mit anderen Worten die Verpflichtung eingeführt werden soll, offene Stellen nur durch den Arbeitsnachweis zu besetzen, äußert der Entwurf, daß eine derartig generelle Vorschrift unpraktisch wäre und zu unerträglichen Härten führen müßte. In der Begründung wird besonders darauf hingewiesen, daß die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises in verschiedenen Orten und für zahlreiche Berufe noch nicht den gesamten Ausgleich von Angebot und Nachfrage bewältigen und der Eigenart besonders qualifizierter Berufsgruppen gerecht werden könne. Die Leistungsfähigkeit der Organisationen könne durch eine Zwangsvorschrift zur Benutzung nicht künstlich geschaffen werden. In der Begründung wird dazu weiter ausgeführt:

„Ganz besonders ist zu berücksichtigen, daß verschiedene Berufsgruppen — man denke z. B. an die Akademiker, die Sozialbeamten — dem öffentlichen Arbeitsnachweis noch fremd, ja vielleicht sogar ablehnend gegenüberstehen. Es wäre eine Unmöglichkeit, sie nun alle durch ein Gesetz in ihrem Berufsschicksal an den Arbeitsnachweis zu ketten. Nichts würde die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises zu einem Organ, das den gesamten deutschen Arbeitsmarkt übersieht und regelt, mehr hindern, nichts dem Gesetzgeber mit größerem Recht den Vorwurf der Schematisierung eintragen als eine solche gleichmachende Bestimmung. Auch durch die Zulassung einiger Ausnahmen würde die Wirkung nicht abgeschwächt werden; außerdem entstände aber für diese Ausnahmen die Gefahr, daß sie für immer der Erfassung durch die geregelte öffentliche Arbeitsvermittlung verloren gehen und daß damit die als Endziel angestrebte umfassende, einheitliche, großzügige Organisation des Arbeitsmarktes zerrissen wird. Nur durch die feinste Ausprägung der Eigenart jeder einzelnen Berufsgruppe bei dem Ausbau der Fachvermittlung können ihre Angehörigen für die Benutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises innerlich gewonnen werden.“

Aus diesen durchaus berechtigten Einwänden heraus kommt der Entwurf zu einer Ablehnung des gesetzlichen Benutzungszwanges.

Aus Baden

Amtliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Planmäßig angestellt:

Amtsgehilfe August Zembsch am Landestheater in Karlsruhe, Maschinenmeister Karl Schlimm am Landestheater Karlsruhe.

Zuruhegesetzt:

Rektor Andreas Wäldner an der Volksschule in Leimen, Amt Heidelberg, auf Ansuchen.

Erhöhung der Verpflegungskosten in den Heil- und Pflegeanstalten.

Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, durch die die Kosten für die Verpflegung in den Heil- und Pflegeanstalten erhöht wird. Die Sätze betragen für Badener in der ersten Klasse täglich 45 bis 55 Mark, in der zweiten Klasse 25 bis 35 Mark und in der dritten Klasse 14 bis 20 Mark, für nicht badische Reichsangehörige in der ersten Klasse täglich 55 bis 75 Mark und in der zweiten Klasse 35 bis 45 Mark.

✣

t. **Neulußheim** b. Schwetzingen, 2. Jan. Zwei junge Burschen überfielen auf der Landstraße nach Wiesental den Händler Kuppinger von hier, schlugen ihn mit einem Prügel nieder und raubten ihm 1500 Mk.

t. **Heidelberg**, 2. Jan. Ein im zweiten Stockwerk des Rathauses auf einem Gang hängendes Bismarckbild wurde von einem Unbekannten mit einem Messer zerschlitzt.

t. **Robern** b. Mosbach, 2. Jan. Der an der elektrischen Stromleitung Fahrenbach—Sattelbach beschäftigte 19jährige Arbeiter Ebert aus Heidelberg kam mit dem elektrischen Strom in Berührung und wurde auf der Stelle getötet.

H. **Baden-Baden**, 31. Dez. Die gegenwärtig wenig günstige finanzielle Lage unserer Straßen- und Bergbahn war Veranlassung, daß der Bürgerausschuß am Freitag abend, also ganz kurz vor Jahresschluß, zu einer Sitzung einberufen wurde, die im großen Saale des Rathauses stattfand und in der an Stelle des zurzeit in den Vereinigten Staaten weilenden Oberbürgermeisters Fieser Bürgermeister Elfner den Vorsitz führte. Als Hauptberatungspunkt stand auf der Tagesordnung ein stadträtlicher Antrag auf Aenderung der Fahrpreise der Berg- und Straßenbahn. Die große Geldentwertung seit der letzten in Kraft getretenen Neuordnung der Fahrpreise, sowie die abermals gesteigerten Ausgaben für Gehälter und Löhne bedingen bedeutende Mehraufwendungen, ebenso sind auch die übrigen Ausgaben gewachsen. Diese Umstände machen eine abermalige Erhöhung der Fahrpreise notwendig. Von den neuen Fahrpreisen wird angenommen, daß sie in der nächsten Zeit Einnahmen erbringen, die außer den Beträgen für die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals auch angemessene Rücklagen für Erneuerung ermöglichen. Nach einer längeren Aussprache, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten, wurden die stadträtlichen Vorschläge angenommen. Die erhöhten Fahrpreise treten bereits am 1. Januar in Kraft. Weiter wurden noch genehmigt 210 000 Mk. für bauliche Veränderungen des Werkstättengebäudes des Betriebsamts, 186 000 Mk. zur Beschaffung eines Gießkraftwagens und ferner die Mittel zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Gutenbergstraße.

t. **Meßkirch**, 2. Jan. Bei einem Wirtshausstreit in Stahringen wurde der Landwirt Stocker von einem Bahnarbeiter derart mit einem Bierglas auf den Kopf geschlagen, daß er schwere Verletzungen erlitt und ihnen erlag.

Aus Nachbarländern

ll. **Maulbronn**, 2. Jan. Mit der Leitung des hies. Krankenhauses hat der Bezirksrat den Dr. med. Spieth, bis jetzt Assistenzarzt in der chirurgisch-gynäkologischen und geburtshilflichen Abteilung des städtischen Krankenhauses in Ulm, betraut. Dr. med. Spieth wird sein Amt bereits in den nächsten Tagen antreten.

t. **Ludwigshafen**, 2. Jan. Bei der im Reichsarbeitsministerium zu Berlin erfolgten Vorführung des auf Veranlassung des bayerischen Staatskommissars für das Hilfswerk für Oppau hergestellten Films, der die Zerstörungen zeigt, wurde mitgeteilt, daß der Gesamtschaden 321 Millionen Mark beträgt. Es handelt sich um 1947 zerstörte und geschädigte Häuser. 1286 Häuser werden aufgebaut und sind in Arbeit. Man hofft im Jahre 1922 bei günstiger Witterung und Arbeitsmarktlage im großen und ganzen Oppau wieder hergestellt zu haben.

t. **Dahn** b. Pirmasens, 2. Jan. Wegen Umsatzsteuerhinterziehung hatten sich vor dem Schöffengericht Dahn die Schuhfabrikanten Heinrich und Anton Seibel, beide aus Hauenstein, zu verantworten. Der erstgenannte wurde zu 20 000 Mk., der zweite zu 10 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

t. **Kaiserslautern**, 2. Jan. Der Stadtrat bewilligte zur Erbauung von weiteren Wohnungen im Baujahr 1922 4 100 000 Mk.

t. **München**, 2. Jan. Gegenwärtig befindet sich eine serbische Kommission in Bayern zur Abnahme von Vieh auf Grund des Friedensvertrags. Die Serben verkaufen jedoch das deutsche Reparationsvieh sofort an schweizerische Viehhändler weiter.

✣

Große Steuerschiebungen beim Landesfinanzamt Berlin.

Schon seit einiger Zeit sind Gerüchte im Umlauf gewesen, daß bei dem Umsatzsteueramt des Landesfinanzamtes Groß-Berlin große Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Es hieß, daß mit der Nachprüfung der Umsatzsteuerveranlagungen beschäftigte Sekretäre Geldgeschenke annehmen und als Gegenleistung dafür die Geschäfte weit niedriger einschätzen. Diese Gerüchte waren auch zur Kenntnis des Landesfinanzamtes gekommen, das diesen nun sofort nachging und Erhebungen anstellte, um Klarheit zu schaffen. Die Nachfragen bei verschiedenen Firmen, die hiernach mit den Beamten Schiebungen dieser Art gemacht haben sollten, blieben jedoch unbeantwortet, und auch Beobachtungen der Beamten führten nicht zu der erwünschten Klärung. Dann aber waren dem Amt positive Beschuldigungen zu Ohren gekommen, und nun entschloß sich das Landesfinanzamt, die weitere Aufklärung der Kriminalpolizei zu übertragen. Endlich waren die Ermittlungen soweit gediehen, daß der Kommissar sich entschloß, bei den in Verdacht stehenden Beamten, drei Stadtsekretären, eine plötzliche Durchsuchung ihrer Wohnungen vorzunehmen. Diese brachten soviel belastendes Material, daß alle drei sofort verhaftet wurden. Auch die inzwischen ermittelten Firmeninhaber, die mit den ungetreuen Beamten in Verbindung gestanden hatten, wurden polizeilich vernommen und die ganze Angelegenheit vollkommen geklärt. Es handelt sich um Schiebungen großen Stils, durch die die Behörden um große Summen geschädigt worden sind. Die ungetreuen Beamten setzten sich mit den Firmen in Verbindung und übernahmen die „Bearbeitung“ der Umsatzsteuererklärungen mit dem Erfolge, daß die zu zahlende Steuer weit niedriger wurde. Als Entgelt dafür ließen sich die Beamten 20 Proz. der ersparten Steuerbeträge bezahlen. Außerdem aber waren sie auch noch für Geschenke aller Art von Herren- und Damenbekleidungsstücken zugänglich. Da es sich meist nur um Geschäfte handelte, die einen sehr hohen Umsatz haben, so war die Summe, die die Beamten weniger „herausrechneten“, natürlich immer sehr hoch. Die verhafteten und geständigen Sekretäre wurden, da sie Familien besitzen und auch kein Fluchtverdacht vorliegt, vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Landesfinanzamt hat sie natürlich sofort ihres Amtes enthoben und auch sogleich ein Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Die letzten amtlichen Devisenkurse.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 2. Januar. (abends)

Belgien	1425	Schweiz	3625
Paris	1500	London	785
Neuyork	185	Italien	812
Holland	6875		

Tendenz: unregelmäßig.

*

Landwirtschaftl. Wochenbericht.

Wochenbericht vom 24. bis 30. Dezember 1921.

In dieser Woche ist die amtliche deutsche Erntestatistik bekannt gegeben worden. An Brotgetreide ist die Ernte bei Weizen wie bei Roggen wesentlich größer als im Vorjahre, indem von ersterem 2 933 000 To. gegen 2 247 000 in 1920 und von Roggen 6 798 000 gegen 4 934 000 Tonnen gewonnen wurden. Wir haben somit über erheblich größere Inlandsmengen von Brotgetreide zu verfügen, müssen aber darauf hinweisen, daß wir trotzdem ohne fremdländischen Zuschuß nicht auskommen werden, weil bis jetzt die Erträge unserer Ernten immer noch erheblich hinter denen der Vorkriegszeit zurückstehen.

Getreidenotierungen in Mark je To. (Weltmarktpreise umgerechnet zu dem jeweiligen Wechselkurse). Die Zahlen in Klammer geben in Mk. das Steigen (plus) bezw. Sinken (minus) der Preise im Vergleich zur Vorwoche an. Chicago, 28. Dez. Weizen-Dez. 7505 (pl. 541), Weizen-Mai 7764 (pl. 496), Mais-Dez. 3475 (pl. 304), Mais-Mai 3909 (pl. 253). Berlin, 29. Dez. Weizen märk. 7500—7560, schles. 7500, Roggen märk. 6060—6100, meckl. 6100—6200, Sommergerste 7100—7360, Hafer märk. 5600—5700, Mais ohne Provenienzangabe Jan.-März 5600—5680 ab Hamburg. Hamburg, 29. Dez. Weizen loko 7500—7700, Jan. 7700—7900, Roggen loko 6240—6360, Januar 6340—6460, Hafer loko 5900 bis 6100, Januar 6100—6500, Gerste, Winter 6600—6800, Sommer 7400—7800, Tunis und Marokko 6500—6700, La Plata-Mais loko 5840 bis 5880, Januar-März 5800—6000, Mixed-Mais 5600—5800. Königsberg i. Pr., 28. Dez. Weizen 7400—7600, Roggen 6060, Gerste 7000. Breslau, 29. Dez. Weizen 7100, Roggen 5800, Gerste, Sommer 6900, Winter 6800.

Kartoffelpreise der Notierungskommissionen in Mark je Ztr. Erzeugerpreise ab Verladestation. Berlin, 30. Dez.: weiße 98—95, rote 98—95. Magdeburg, 29. Dez.: weiße 80—82, rote 80—82, gelbfleischige 86—88.

Butterversteigerungen. Berlin, 29. Dez. Zugeführt und versteigert: 264 Faß, Höchstpreis 3930 Mk., niedrigster Preis 3100 Mk. Die erzielten Preise betragen für Ostpreußen 3100—3800 Mark, Westpreußen 3710—3760 Mk., Pommern 3690—3820 Mk., Mecklenburg 3490—3820 Mark, Braunschweig 3720—3790 Mk., Westfalen 3670 bis 3800 Mk., Hannover 3460—3930 Mk., Oldenburg, 3530—3900 Mark., Ostfriesland 3850—3900 Mark. Die Preise verstehen sich einschl. Verpackung, Fracht und Verkaufsgebühren.

Bremen, 23. Dez. Zugeführt und versteigert: 57 Faß, Höchstpreis 4130 Mk., niedrigster Preis 3390 Mk. Die erzielten Preise betragen für: Hannover 3500—4060 Mk., Oldenburg 3770 bis 4130 Mk., Ostfriesland 3390—3760 Mk.

Hamburg, 29. Dez. Versteigert wurden 219 Faß 1. Qual. zu 3788 Mk. im Durchschnitt. Höchstpreis 3800 Mk., niedrigster Preis 3750 Mk. 3 Faß 2. Qual. zu 3740 Mk. im Durchschnitt.

Schlachtviehpreise in Mk. je Ztr. Lebendgewicht:

	Rind. Ochs. Bull. Kühe	Kälber
Berlin, 28. Dez.	375— 900	700—1650
Königsberg*), 24. Dez.	300— 800	500— 800
Insterburg*), 24. Dez.	400— 900	600—1200
Breslau, 28. Dez.	500—1000	900—1200
Chemnitz, 27. Dez.	300—1900	800—2083
Mannheim, 27. Dez.	350—1050	600—1300
Hamburg 22.—28. Dez.	400—1150	800—1650
Dortmund, 27. Dez.	550—1300	1000—1400
Elberfeld, 27. Dez.	450—1200	950—1350
Köln a. Rh., 27. Dez.	400—1200	750—1800
Frankfurt a. M., 27. Dez.	450—1100	1000—1250
München, 17.—23. Dez.	350— 960	900—1100
	Schafe	**Schweine**
Berlin, 28. Dez.	400—850	1500—1800
Königsberg*), 24. Dez.	230—550	1000—1400
Insterburg*), 24. Dez.	300—800	900—1700
Breslau, 28. Dez.	600—800	1200—1900
Chemnitz, 27. Dez.	500—1477	1300—2803
Mannheim, 27. Dez.	450—650	1400—1850
Hamburg, 22.—28. Dez.	450—900	1150—1750
Dortmund, 27. Dez.	600—850	1400—2000
Elberfeld, 27. Dez.	400—700	1200—1900
Köln a. Rh., 27. Dez.	600—825	1350—1850
Frankfurt a. M., 27. Dez.	400—750	1500—2000
München, 17.—23. Dez.	—	1100—1600

*) Notierungen der Ostpr. Zentralgenossenschaft für Viehverwertung.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Besserung der Arbeitsmarktlage.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Baden, die in den letzten Wochen gestiegen war, ist wieder zurückgegangen und zwar von 1270 auf 1138. Auch die Ziffer der Notstandsarbeiter hat sich von 1852 auf 1720 gesenkt. Das Allgemeinbild der Arbeitsmarktlage zeigt eine Besserung.

Düngemittellieferung.

Das Stickstoffsyndikat erhebt lebhafte Klage wegen der ungenügenden Bereitstellung von Eisenbahnwagen für den Transport der Stickstoffdüngemittel. Bei der Wichtigkeit, die gerade den Stickstoffdüngemitteln für die Steigerung der Erträge fast allen Pflanzenarten zufällt, muß die ungesäumte und vollständige Abfuhr derselben von den Werken mit größtem Nachdruck auch seitens der Landwirtschaft gefordert werden. Andernfalls ist die Verwendung der Stickstoffdünger zur Frühjahrsbestellung nicht möglich und der Schaden für unsere Landwirtschaft und unsere Volksernährung ungeheuer.

Rote Gewerkschaftler über die Kruppsche Arbeiteraktie.

Die Verwaltungsstelle Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm Stellung zu dem Vorhaben der Firma Krupp, Aktien an Werkangehörige auszugeben. Ein Referent vom Bund der technischen industriellen Beamten meinte, es werde zu keiner gesunden Entwicklung der Wirtschaft führen, wenn ein Teil der Werkangehörigen sich nun ebenfalls als „Mitbesitzer" fühle. Die Wirkung der Gewinnbeteiligung der Werkangehörigen würde sein, daß die Arbeiterschaft ihr eigener Antreiber würde. Der Betriebsrat, der Angestellten- und Arbeiterrat der Firma Krupp in Essen nahm zu der Frage folgende Entschließung an:

Ganz abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer aus Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung eine schwere Schädigung der gesamten Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs zu einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Anzahl Leute nun ebenfalls als Teilunternehmer angesehen werden. Dadurch werden Interessengegensätze geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen, und das Solidaritätsgefühl, das wir für die arbeitenden Klassen für unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Platz, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben innehaben müßten, noch mehr gefährden. Wir müssen daher gemäß unserm Pflichtgefühl und in Erwägung der schweren Schädigung, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeiterschaft entsteht, den von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entschieden abraten.

Die Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hieß die Entschließung der Gruppenräte der Firma Krupp gut und machte sie zu der ihrigen.

Oesterreich auf der Geldsuche.

t. **Wien**, 2. Jan. Im Auftrag der österreichischen Regierung begibt sich Dr. Rosenberg in den kommenden Tagen nach London, um dort die Verhandlungen über den Kredit von 3 Millionen Pfund Sterling wieder aufzunehmen. Bundeskanzler Schober erklärte einer Abordnung der Künstlerschaft, daß die Regierung an eine Veräußerung der Gobelins oder an eine Entfernung nicht denke. Für den Augenblick sei außer den drei Millionen Pfund Sterling noch eine Anleihe von 500 Millionen tschechischen Kronen akut geworden.

Mannheimer Produktenbörse.

K. **Mannheim**, 2. Jan. Der erste Börsentag im neuen Jahre zeigte ungefähr dasselbe Bild wie der Schluß des alten. Die Stimmung war fest, doch ist keine Belebung des Geschäfts zu verzeichnen; denn die Käufer verhalten sich weiter reserviert und die Umsätze bleiben daher auf Deckungen des notwendigsten Bedarfs beschränkt. Für Weizen lauteten die Forderungen höher und es wurden 810 bis 820 M. für die 100 kg frachtparität Mannheim gefordert, doch lassen sich diese Preise nicht durchholen; zu 775—800 M. für die 100 kg waren Käufer am Markte, zu diesen Geboten zeigen aber die Eigner keine Verkaufslust. Roggen hatte ziemlich unveränderten Markt und die Preisforderungen bewegen sich zwischen 620—640 M. für die 100 kg, frachtparität Mannheim. Gerste hatte kleines Geschäft. Interesse besteht hauptsächlich für Brauerware, während Futtergerste vernachlässigt blieb. Für prima Braugerste lauten die Forderungen auf 730—750 M., während mittlere Beschaffenheiten zu 710—720 M. die 100 kg, ab Verladestationen genannt wurden. Für Hafer wurden, je nach Qualität, 540—560 M. für die 100 kg, ab württembergischen und badischen Stationen verlangt. In Mais ist das Angebot klein, besonders nahe Ware wird gesucht, doch fehlen hierin zu größten Teil Angebote, für prompte Ware werden 660—685 M. für die 100 kg, bahnfrei Mannheim, genannt. In Futtermitteln zeigen die Preisforderungen gegenüber den zuletzt genannten Preisen keine nennenswerte Veränderung. Rapskuchen sind zu 520—540 M. die 100 kg, frachtparität Mannheim, angeboten, für Kokoskuchen bewegen sich die Preise zwischen 575—585 M. für die 100 kg, frachtparität Mannheim. Malzkeime kosteten 575—580 M. die 100 kg, ab Heilbronn. Für Münchener Biertreber lauteten die Offerten auf 525—530 M. die 100 kg, ab Station München. Weizen-, wie auch Roggenkleie blieb zu 380—400 M. per 100 kg, je nach Qualität, ab süddeutschen Mühlen käuflich. Rauhfutter lag unverändert, Wiesenheu wurde mit 300 M., drahtgepreßtes oder gebundenes Stroh mit 105—110 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim, genannt. Mehl. In anbetracht der erhöhten Getreidepreise haben auch die Mühlen ihre Forderungen neuerdings erhöht, sie verlangen heute für Markte Spezial 0 1125 M., aus zweiter Hand liegen aber Angebote unter diesen Forderungen vor. Roggenmehl stellte sich auf 800—820 M. die 100 kg, ab süddeutschen Mühlen. Hülsenfrüchte hatten vollständig unveränderten Markt bei kleinen Umsätzen.

Amtl. Notierungen: Mais, La Plata 650, Erbsen, inl. 700—850, Weizen, loco 790—800, Roggen, loco 650—660, Braugerste 750—770, Hafer 575—585, Wiesenheu 300—320, Preßstroh 100, gebundenes Stroh 100, Reis, inkl. Sack, 800—1200. Tendenz: fester.

Börse - Handel - Industrie - Gewerbe.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 2. Jan. Die Börse blieb im Effektenverkehr geschlossen. In den ersten Morgenstunden wurde der Dollar im Verkehr von Bank zu Bank mit 183 genannt. Die Preisbewegung war während des ganzen Verlaufs sehr bescheiden, doch eher etwas fest 184—185. Der Verkehr in Wertpapieren war etwas lebhafter. Nach den Kursen, die man hörte, zu urteilen, war die Tendenz fest, und die Nachfrage nach verschiedenen Aktien ziemlich rege. Man hörte u. a. Westeregeln 1575, Deutsch-Luxemburg 850, Badische Anilin 575 bis 600, Höchster ca. 625 bis 640, Daimler 550, Adlerwerke Kleyer ebenfalls gesucht. Interesse machte sich für Oesterreichische Kreditanstalt bemerkbar 130. Von den Industriewerten fanden chemische Rhenania zu 980 Aufnahme, Benz mit 730—740, Karstadt 320, Hansa Lloyd 385, Gebrüder Fahr 550, Tiak 635, Bahnbedarf 540—550, Inak 760, Stöckicht Gummi gesucht. Deutsche Petroleum blieben weiter fest 1875—1900. Mansfelder Kuxe 2100 Geld, Brown Boveri 500 Geld, Metallbank 1050.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 2. Jan. Der Devisenhandel spielte sich heute in ganz ruhigen Bahnen ab. Es zeigte sich keinerlei Unternehmungslust. Allgemein beobachtete man Zurückhaltung, wegen der bevorstehenden Entscheidung der Interalliierten Finanzkonferenz. Die wenigen Umsätze wurden zu etwas erhöhten Kursen gegen den Samstag abgeschlossen. In den Kreisen der Effektenhändler schien gleichfalls eine feste Tendenz vorzuherrschen. Kurse wurden aber kaum ausgesprochen. Als begehrt wurden Westeregeln und Benzaktien bezeichnet.

Industrien.

t. **Waggonfabrik A.-G. Rastatt.** Der Geschäftsbericht der Gesellschaft für das Jahr 1920/21 bezeichnet die Beschäftigung als zufriedenstellend. Die Erweiterungsbauten werden demächst in Betrieb genommen. Der Reingewinn beträgt 3 277 462 Mark, woraus eine Dividende von 6 Prozent für die Vorzugsaktien, von 15 Prozent für die Stammaktien und 100 Mk. Bonus pro Stammaktie zur Verteilung kommen.

Kein Eintritt der Gutehoffnungshütte in die Schiffsbau - Stahlvereinigung. Wie erinnerlich, haben der Phönix, Rheinische Stahlwerke, Vereinigte Stahlwerke van der Zypen anscheinend unter Führung von Otto Wolff-Köln eine Schiffsbau-Stahl-Verkaufsgemeinschaft gebildet. Die „Rheinische Westfälische Zeitung" hat dazu die Vermutung ausgesprochen, daß man diesen in Entstehen begriffenen Konzern evtl. noch die Gutehoffnungshütte (Hanielkonzern) hinzurechnen dürfte. Die Vermutung ist nicht zutreffend.

Schiffsverkehr.

Auf dem Oberrhein ist die Schiffahrt wieder eröffnet worden. Am Samstag ist das erste Schleppboot mit zwei Kähnen im Straßburger Hafen angekommen. — Im Verkehr zwischen Kehl und Straßburg ist eine Erleichterung insofern eingetreten, als die Straßburger Präfektur gegen Entrichtung einer Gebühr von 50 Cts. eine gelbe Dauerkarte abgiebt, die für den Verkehr im ganzen Brückenkopfgebiet Kehl Gültigkeit hat.

Märkte.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 2. Januar. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 1000—1050 M.; junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 950 bis 1000 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 850—950 M.

Bullen, vollfleischige, jüngere 850—950 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 800—850 Mark.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen ,höchsten Schlachtwertes 1000—1050 M.; gut entwickelte Kühe und Färsen 900—1000 M.; mäßig genährte Färsen 850—900 M.; gering genährte Kühe 600—700 M.

Kälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 1000—1150 M.; geringere Mast- und gute Saugkälber 950—1000 M.; geringere Saugkälber 950 M.

Schweine, vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 1850 M.; vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 1750 M.; vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht 1650 M.; vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 1550 M.

Zufuhr: 182 Stück. Ochsen 37, Bullen 25, Kühe 14, Färsen 40, Kälber 15, Schweine 51. Tendenz: langsam; der Markt wurde nicht geräumt.

Viehmarkt in Mannheim. Amtl. Bericht vom 2. Januar. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 1050—1100 M.; vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 900—950 M.; junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 750—850 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 600—700 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes 850—950 M.; vollfleischige jüngere 700—850 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 600—700 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 1050—1100 M.; vollfleischige, ausgemästete Kühe, höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 900—950 M.; ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jünger Kühe und Färsen 800—850 M.; mäßig genährte Kühe und Färsen 650—800 M.; gering genährte Kühe und Färsen 400—550 M.

Kälber, feinste Mastkälber 1250—1300 M.; mittlere Mast- und beste Saugkälber 1200—1250 M.; geringere Mast- und gute Saugkälber 1100—1150 Mark; geringere Saugkälber 1050—1150 M.

Schafe, Mastlämmer und jüngere Masthammel 600—650 M.; ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 550—600 M.; mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 500—550 M.; Mastlämmer 450—500 M.; geringere Lämmer und Schafe 450—500 M.

Schweine, Fettschweine über 150 kg Lebendgewicht 1800—1850 M.; vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 1750—1800 M.; vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 1700—1750 M.; vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 1650 bis 1700 M.; vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 1550—1650 M.; Sauen 1400—1550 M.

Wagenpferde 11 000—35 000 M.; Arbeitspferde 8000—32 000 M.; Pferde zum Schlachten 1500 bis 3500 M.

Zufuhr: Ochsen 150, Bullen 127, Kühe und Färsen 722, Kälber 461, Schafe 128, Schweine 656, Wagenpferde 27, Arbeitspferde 221, Pferde zum Schlachten 40 Stück.

Tendenz: Marktverlauf mit Großvieh gute Ware lebhaft, geringe mittelmäßig, geräumt, mit Kälber und Schafen mittelmäßig ausverkauft, mit Schweinen ruhig, kleiner Ueberstand; mit Wagen- und Arbeitspferden mittelmäßig, mit Schlachtpferden lebhaft.

Verschiedenes.

Verkehr mit Torf. Die Verordnung vom 11. September 1919 über den Verkehr mit Torf ist mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Konkurs einer englischen Kolonialfirma. Eine der größten englischen Kolonialfirmen W. Bolus & Co. ist, in Konkurs geraten. Ihre ausgezeichneten Handelsorganisationen, die an fast allen bekannten afrikanischen Plätzen Filialen besaß, ist von der neugebildeten „East African Products Co late W Bolus & Co." übernommen worden. Hinter der neuen Firma vermutet man einen großen deutschen Konzern. Ueber die Richtigkeit dieser Vermutung war etwas Bestimmtes nicht zu erfahren.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 2. Januar.

	31. Dez. Geld	31. Dez. Brief	2. Jan. Geld	2. Jan. Brief
Antwerpen-Brüssel	1403.50	1406.50	1438.50	1441.50
Holland	6740.70	6754.30	6843.10	6856.90
London	771.70	773.30	781.20	782.80
Paris	1476.—	1479.—	1498.50	1501.25
Schweiz	3558.—	3566.10	3598.90	3605.10
Spanien	2772.20	2777.80	2777.20	2783.80
Italien	806.60	808.40	814.10	815.90
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	3621.50	3628.70	3721.20	3728.80
Norwegen	2997.—	3003.—	2972.—	2978.—
Schweden	4615.30	4624.70	4675.30	4684.70
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	183.92½	184.32½	185.80	186.20
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	6.61½	6.63½	6.99	7.01
Budapest	29.92	29.03	29.97	30.03
Prag	273.70	274.30	279.70	280.30

w. Berlin, 2. Januar.

	30. Dez. Geld	30. Dez. Brief	2. Jan. Geld	2. Jan. Brief
Rotterd.-Amsterd.	6893.10	6906.90	6868.10	6881.90
Brüssel	1423.55	1426.45	1443.55	1446.45
Christiania	3011.95	3018.05	2997.—	3003.—
Kopenhagen	3696.30	3703.70	3761.20	3768.80
Stockholm	4675.30	4684.70	4695.30	4704.70
Helsingfors	353.40	353.60	343.65	344.35
Italien	789.20	790.80	814.15	815.85
London	784.20	785.80	789.20	790.80
Newyork	186.31	186.69	186.54	186.94
Paris	1490.—	1493.	1508.45	1511.55
Schweiz	3651.30	3658.70	3633.85	3641.15
Spanien	2777.20	2782.80	2772.20	2777.80
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	6.83	6.87	6.72	6.82
Prag	274.70	275.30	276.70	277.30
Budapest	30.46	30.54	30.71	30.79
Lissabon	—.—	—.—	132.85	133.15
Bulgarien	—.—	—.—	—.—	—.—
Buenos-Aires	62.65	62.85	62.90	63.10

Abenddevisen.

Frankfurt, 30. Dez.

Brüssel	1425	Paris	1500
Holland	6875	Italien	812
London	785	Neuyork	185
Schweiz	3625		

Tendenz: unregelmäßig.

w. Zürich, 2 Januar.

	31. Dez.	2. Jan.
Holland	188.75	189.—
Deutschland	2.82½	2.75
Wien	0.19	0.19
Prag	7.60	7.25
Paris	41.50	41.70
London	21.58	21.60
Italien	22.50	22.55
Brüssel	39.40	39.30
Budapest	0.82½	0.82½
Newyork	512.—	512.50
Agram	1.90	1.90
Warschau	0.17	0.17
Kopenhagen	102.—	103.50
Stockholm	128.50	129.—
Christiania	82.—	82.50
Madrid	76.25	76.50
Buenos-Aires	172.—	170.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	6750—6950	6800—6900
Schweiz	3575—3675	3600—3650
Paris	1475—1510	1480—1505
Belgien	1430—1470	1440—1460
London	770—792	775—790
Neuyork	180—188	183—187
Italien	800—825	800—820
	Tendenz: ruhig.	Tendenz: geschäftslos.

Tagesanzeiger.

Dienstag, den 3. Januar 1922.

Landestheater. „Tannhäuser". 5½ Uhr.
Colosseum. Varieté. 8 Uhr.
Weltpanorama. Bayern.